

- 1 Nordkorea tritt ein in den Krieg gegen die Ukraine
- 4 Der Landminen-Monitor 2024
- 6 Die schiitische «Achse des Widerstandes»
- 10 Der Bericht der Kommission Sicherheitspolitik

- 12 «Kollateralschäden»: Wer zählt die zivilen Toten?
- 20 Neue Dimensionen der Weltraummilitarisierung
- 24 Manès Sperber: Wie eine Träne im Ozean
- 29 Literatur zu Israel, Palästina und der Ukraine

Nordkorea tritt ein in den Krieg gegen die Ukraine

Nordkoreanische Schützenhilfe für Putin

Die Entsendung mehrerer Tausend nordkoreanischer Soldaten nach Russland stellt nicht nur eine bedeutende Eskalation und Ausweitung des russischen Krieges gegen die Ukraine dar, sondern signalisiert den Übergang zu einer neuen Ebene der russisch-nordkoreanischen Verteidigungskooperation. Diese zunehmende Verflechtung der Sicherheitsdynamiken in Europa und im Indo-Pazifik hat weitreichende Implikationen für beide Regionen.

/ Eric J. Ballbach /

Bereits Anfang Oktober 2024 berichtete der ukrainische Geheimdienst darüber, dass «mehrere Tausend» nordkoreanische Infanteriesoldaten ausgebildet und für den Kampf gegen die Ukraine eingesetzt werden könnten. Der südkoreanische National Intelligence Service (NIS) bestätigte wenig später die ukrainischen Meldungen und veröffentlichte Satellitenbilder von russischen Schiffen, die nordkoreanische Truppen in den Fernen Osten Russlands transportierten.

Am 23. Oktober bestätigten die USA die Anwesenheit von mindestens

3000 Soldaten in Russland. Am 28. Oktober, nach einer Unterrichtung durch eine hochrangige südkoreanische Delegation, erklärte Nato-Generalsekretär Rutte, dass nordkoreanische Militäreinheiten bereits in die russische Grenzregion Kursk verlegt wurden. Einige zentrale Fragen bleiben vorerst offen, etwa hinsichtlich der exakten Zusammensetzung und Mission der entsandten Truppen oder ob Nordkorea bereit sein wird, weitere Truppen zu stellen.

Aus diesem Grund sind die militärischen Implikationen derzeit auch noch nicht genauer abzuschätzen. Fakt ist jedoch, dass Nordkorea mit der Entsendung von Soldaten, parallel zu umfangreichen Waffenlieferungen, nun das ultimative Zeichen für ein Bündnisengagement im Geiste des erneuerten gegenseitigen Verteidigungsabkommens vom Juni 2024

setzt – und damit zum sichtbarsten und unmittelbarsten Unterstützer der russischen Aggression in Europa geworden ist.

Signifikante Vertiefung der Nordkorea-Russland-Kooperation

Seit dem Besuch von Wladimir Putin bei Kim Jong-un in Nordkorea im Juni 2024 hat sich der Umfang der militärischen Kooperation zwischen Russland und Nordkorea drastisch erweitert. Nach Angaben der Nato hat Nordkorea Moskau im vergangenen Jahr 11'000 Container mit rund zwei Millionen Artilleriegeschossen sowie einer Vielzahl ballistischer Raketen und entsprechender Abschussysteme geliefert. Hochrangige russische und nordkoreanische Beamte treffen sich inzwischen regelmässig.

Putins Besuch in Pjongjang im Juni 2024 gipfelte in der Unterzeichnung eines umfassenden strategischen Partnerschaftsabkommens,

das darauf schliessen lässt, dass beide Seiten bemüht sind, die Grundlage für eine langfristige und vielschichtige Kooperation im militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich zu schaffen. So



Fortsetzung Seite 2

verpflichteten sich die Vertragspartner unter anderem darauf, auf «globale strategische Stabilität» und die «Errichtung einer neuen gerechten und gleichberechtigten internationalen Ordnung» hinzuarbeiten (Artikel 2), das Handelsvolumen zu erhöhen und günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen (Artikel 8) sowie die Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, einschliesslich Weltraum, künstliche Intelligenz und IT, auszubauen (Artikel 10).

Der neue Vertrag enthält auch eine Klausel über die gegenseitige Verteidigung (Artikel 4). Demnach sollen sich die Parteien unverzüglich einander «militärischen und sonstigen Beistand mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln leisten», sollte eine Partei «in den Kriegszustand versetzt» werden. Die Entsendung von Truppen deutet also auf eine direkte Materialisierung dieser Beistandsverpflichtung und lässt erkennen, dass die Kooperation zwischen den beiden Staaten eine neue Qualität erreicht

hat. Zwar war Nordkorea in der Vergangenheit bereits an Konflikten mit Dritten beteiligt, etwa durch die Unterstützung Nordvietnams in den 1960er-Jahren durch nordkoreanische Piloten, doch nie zuvor hat Pjongjang Bodentruppen in einen externen Krieg beordert.

Die Motive Russlands und Nordkoreas

Die Entsendung nordkoreanischer Truppen nach Russland unterstreicht, dass Putin, anstatt sich auf eine breitere gesellschaftliche Mobilisierung festzulegen, zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen offenbar weiterhin auf alternative Möglichkeiten der Streitkräftegenerierung setzt. Neben sogenannten verdeckten Mobilisierungen zählt hierzu auch die Einbindung nordkoreanischer Truppen. Nach Angaben des ukrainischen Oberbefehlshabers Syrskyi verlegte Russland zwischen August und Anfang Oktober fast 50'000 Soldaten aus anderen Gebieten des Kriegsschauplatzes in die Kursk-Region.

Dies bedeutet, dass die russische Militärführung andere Frontabschnitte schwächen musste. Die mutmassliche Verlegung des Gros der nordkoreanischen Soldaten in die Region Kursk ermöglicht es Moskau, russische Soldaten bei den Angriffsoptionen im Osten der Ukraine einzusetzen und die Verteidigung im Norden und Süden aufrechtzuerhalten. So könnte Moskau auch vermeiden, zusätzliche russische Kontingente von den laufenden Offensiven in der Ukraine abzuziehen.

Strategische Wende

Nordkoreas Entscheidung zur Truppenentsendung scheint von mehreren Motiven geleitet zu sein: Erstens ist der Ukraine-Krieg mittlerweile nicht mehr nur für Putin existenziell, auch Kim Jong-un hat enormes politisches Kapital investiert. Nordkoreas Unterstützung für Russland wurde unmittelbar nach Ausbruch des Krieges deutlich, als Pjongjang im März 2022 als eines von nur fünf Ländern gegen die Resolution ES-11/1 der UNO-Generalversammlung votierte. Für Kim kam Putins Krieg zu einem günstigen Zeitpunkt, da Nordkorea nach dem gescheiterten Gipfeltreffen mit den USA in Hanoi 2019 eine grundlegende Revision seiner aussenpolitischen Strategie vornahm.

Diese kennzeichnet sich durch die (zumindest vorübergehende) Aufgabe des Ziels der Normalisierung der Beziehungen zu den USA über Denuklearisierungsgespräche und der Nutzung

der damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten wie der Erleichterung von Sanktionen. Vielmehr beendete Pjongjang sein 17-monatiges Raketenstestmoratorium, brachte die andauernde Eskalationsspirale mit Südkorea in Gang und setzt seither auf Kooperation mit Russland. Während das Scheitern der Gipfeldiplomatie mit den USA und Südkorea zwischen 2018 und 2019 den Anstoss für dieses Umdenken bildete, bot (neben dem sich verschärfenden US-China-Konflikt) Russlands Angriffskrieg in der Ukraine förderliche Kontextbedingungen für die strategische Wende.

Für Kim Jong-un zahlte sich die Unterstützung Moskaus politisch durchaus aus. So war etwa Russlands Veto im UNO-Sicherheitsrat gegen die Verlängerung des Mandats des Panel of Experts ein herber Schlag gegen das internationale Sanktionsregime gegen Pjongjang. Darüber hinaus konnte Nordkorea durch den Verkauf von Waffen dringend benötigte Vorräte an Lebensmitteln, Treibstoff und anderen Materialien beschaffen. Dies hat wiederum seine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von China zumindest punktuell gemindert.

Kampferfahrungen sammeln

Im September 2024 bezeichnete der russische Aussenminister Lawrow den Status Nordkoreas als Nuklearmacht als «abgeschlossenes Thema», die Denuklearisierung Nordkoreas sei endgültig «vom Tisch». Zweitens kann Nordkorea durch die Unterstützung des russischen Krieges wertvolle Erkenntnisse bezüglich der praktischen Wirksamkeit seiner Waffensysteme sammeln. Der Einsatz von Truppen wird der nordkoreanischen Armee darüber hinaus direkte Kampferfahrung verschaffen.

Drittens ist davon auszugehen, dass Kim Jong-un versuchen wird, von Putin einen maximal hohen Preis für die Entsendung von Truppen zu verlangen. So ist zu erwarten, dass Nordkorea nicht mehr nur auf die weitere Lieferung von Nahrungsmitteln, Kapital und Treibstoff drängen wird, sondern auch auf den Zugang zu höherwertiger Militärtechnologie bzw. entsprechendem technologischen Know-how. Mögliche Kooperationsfelder könnten etwa die Perfektionierung der Wiedereintrittstechnologie von Nordkoreas Interkontinentalraketen sein, der Aufbau einer taktischen Atom-U-Boot-Flotte und die Entwicklung von Raketen-systemen, die in der Lage sind, die Raketenabwehr der USA zu überwältigen.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Eric J. Ballbach, Hanna Pfeifer, Damien Lefauconnier, Marionna Schlatter, Stephan Sigg, Liliane Studer, Ruedi Tobler, Sarah Wiedemar, Pauline Wilhelm.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 4: Tom Pilston/Halo Trust; Seite 5: Hamap-Humanitaire; Seite 7: Kichka; Seite 15: Adolf Buitenhuis/LMD; Seite 21: Clodagh Kilcoyne/Reuters; Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2024

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492.



Implikationen für Europa

Auch wenn die militärischen Implikationen der nordkoreanischen Truppensendung derzeit noch nicht treffsicher abzuschätzen sind, hat dieser Vorgang vielschichtige Implikationen für Europa. Zum einen wird die Entscheidung die Beziehungen zwischen Europa und Nordkorea nachhaltig verändern. Europa war traditionell Pjongjangs diplomatisches Tor zum Westen und nordkoreanische Diplomaten sind in den meisten europäischen Hauptstädten stationiert. Wiederholt haben in der Vergangenheit informelle Kontakte zwischen Europa und Nordkorea vor allem in Krisenzeiten eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Mit der Entsendung von mehreren Tausend Soldaten nach Russland zum Einsatz im Krieg gegen die Ukraine hat Nordkorea den Rubikon überschritten und etwaige diplomatische Initiativen aus Europa sehr unwahrscheinlich werden lassen.

Zum anderen sieht sich Europa dadurch mit einer noch engeren Verflechtung der Sicherheitsdynamiken in seinem Umfeld mit denen im Indo-Pazifik konfrontiert, was eine klare strategische Positionierung seitens der Nato und der EU erforderlich macht. Insbesondere müssen sich die zentralen Stakeholder auf die wachsende militärische Partnerschaft zwischen Nordkorea und Russland einstellen. In der Tat haben sich die Beziehungen zwischen Südkorea und der Nato seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs weiter vertieft. Hinsichtlich der EU bietet die jüngst beschlossene Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Südkorea, die auch einen Anfang November erstmals abgehaltenen strategischen Dialog umfasst, einen entsprechenden institutionellen Rahmen.

Implikationen für die Sicherheitslage

Die Vertiefung der Kooperation zwischen Nordkorea und Russland birgt mittelbare und unmittelbare Gefahren für die langfristige Stabilität der koreanischen Halbinsel und der weiteren Region. Dabei fällt die Annäherung Pjongjangs an Moskau in die Zeit einer zunehmend feindseligen Politik und Rhetorik Nordkoreas gegenüber Südkorea. So kündigte Kim Jong-un beispielsweise im Januar eine Verfassungsrevision an. In der neuen Version wird Südkorea zum «Hauptfeind» erklärt und das langjährig verfolgte Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung aufgegeben.

Im Oktober sprengte Nordkorea Teile der Strassen und Eisenbahnlinien, die Nord- und Südkorea miteinander verbinden, und begann mit dem Bau von Befestigungsanlagen in der Nähe der Grenze. Zuletzt drohte Pjongjang mit Vergeltung, sollte Seoul Drohnen in den nordkoreanischen Luftraum schicken, um Propagandaflugblätter abzuwerfen.

Südkorea hat die Entscheidung Nordkoreas, Truppen nach Russland zu entsenden, deutlich verurteilt. Jedoch bleibt bis dato (noch) unklar, wie es auf lange Sicht darauf reagieren wird. Zu erwarten ist, dass der Druck auf Seoul insbesondere aus Europa zunehmen wird, das Engagement gegenüber der Ukraine in Form von umfassenderer wirtschaftlicher und humanitärer Unterstützung oder gar direkter militärischer Hilfe zu verstärken. Südkoreas Reaktion wird vor allem von drei zentralen Fragen beeinflusst werden:

Drei zentrale Fragen

– Wird Russland Nordkorea im Gegenzug für die Entsendung von Truppen Militärtechnologie zur Verfügung stellen, die Pjongjang gegen Südkorea einsetzen könnte?

– Steht die Entscheidung zur Entsendung von Truppen durch Nordkorea, die dort direkte Kampferfahrungen sammeln könnten, im Zusammenhang mit längerfristigen Überlegungen Nordkoreas hinsichtlich militärischer Aktionen gegen Südkorea?

– Bedeutet die Entsendung nordkoreanischer Truppen eine russische Beteiligung an einem etwaigen militärischen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel?

Ungeachtet der Politik Südkoreas hat sich mit der nordkoreanisch-russischen Annäherung die Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel weiter verschlechtert. So wird in Seoul etwa befürchtet, dass sich Pjongjang durch die Unterstützung Russlands für militärische Provokationen gegenüber dem Süden besser gerüstet sieht und daher auch ein konfrontativeres Verhalten an den Tag legen könnte. Dazu kommt, dass durch die verringerte wirtschaftliche Abhängigkeit Nordkoreas von China das Vertrauen Südkoreas in die Fähigkeit Pekings schwindet, Nordkoreas impulsives und aggressives Auftreten zu zügeln.

Eric J. Ballbach ist Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

Editorial

Eisiger Winter in Aussicht

Nein, in dieser Ausgabe finden Sie keinen Beitrag, geschweige denn einen Kommentar zum Ausgang der Wahlen in den USA. Wir warten einfach gespannt ab, wie der neu-alte Präsident «innert 24 Stunden» den Krieg gegen die Ukraine zu beenden gedenkt.

Zurück in der Schweiz wird uns das eidgenössische Parlament einen ungemütlichen Dezember bescheren. Etliche Vorlagen kommen in beiden Räten zur Schluss- oder gemeinsamen Abstimmung, die es in sich haben. So sieht die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 eine Umschichtung der bisher für Südamerika und weitere Projekte vorgesehenen Entwicklungshilfegelder für den Wiederaufbau der Ukraine vor. Die Unterstützung der Ukraine muss sein, doch darf sie nicht auf Kosten der bisherigen, sowieso nicht gerade üppigen Entwicklungszusammenarbeit gehen. Konsequenterweise haben wir in der September-Ausgabe ein eigenes Bundesgesetz zum Wiederaufbau der Ukraine gefordert.

Beim Budgetvoranschlag fürs nächste Jahr mit «integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028» stehen ebenfalls folgenreiche Umwälzungen zur Diskussion. Die nationalrätliche Finanzkommission verlangte Mitte November, dass die Vorgaben des Bundesrates radikal gekürzt werden, so bei der Entwicklungshilfe um 250 Mio. Franken, bei den Bundesasylzentren um 85 Mio. Franken sowie bei den Bundesbeiträgen an die Kantone für Asylsuchende um 20 Mio. Franken. Im Gegenzug sollen die Rüstungsausgaben und -investitionen für 2025 um 530 Mio. Franken aufgestockt werden. 2026 sollen es schon 840 Mio. Franken mehr sein, im 2027 1185 Mio. und im 2028 gar 1445 Mio. Franken, damit das Ziel von einem Prozent des BIP bereits 2032 erreicht wird.

Wir wollen nicht kleinlich sein, die Finanzkommission hat es bei ihren Sparberatungen abgelehnt, auf die Abgabe von Gratis- und verbilligter Munition an die Schiessvereine zu verzichten... Im Weiteren sind Entscheide zur Einschränkung des Schutzstatus S für Ukraine-Flüchtlinge oder zum Verbot der Hamas und der Hisbollah als Terrororganisationen angesagt, die Sockelbeiträge für die UNRWA 2024 sollen zu anderen Hilfswerken umgeleitet werden.

Wir wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest, bis nächstes Jahr.
Peter Weishaupt

Der Landminen-Monitor 2024

Der am 20. November in Bangkok veröffentlichte Landminen-Monitor 2024 zeigt einen Anstieg der Minenopfer: 5757, davon 84 Prozent ZivilistInnen. Das sind 22 Prozent mehr als 2023. Handicap International, die zusammen mit anderen Organisationen für ihren Kampf gegen Minen den Friedensnobelpreis erhalten hat, ruft die Staaten dazu auf, ihren diplomatischen Einfluss geltend zu machen, damit der Einsatz von Landminen aufhört.

/ Pauline Wilhelm /

«Jahr für Jahr ist die Zahl der Minenopfer unverändert hoch: Die Konflikte nehmen zu und einige Armeen, wie die Russlands in der Ukraine oder jene Myanmars, setzen Minen in grossem Stil ein. Ganze Regionen werden noch jahrzehntelang kontaminiert bleiben und noch lange nach dem Ende der Feindseligkeiten Opfer fordern. Im Jemen zum Beispiel hat die Gewalt seit dem Waffenstillstand im Oktober 2021 erheblich abgenommen, aber die Bevölkerung leidet weiterhin unter den Überbleibseln der Kämpfe», erläutert Daniel Suda-Lang, Geschäftsleiter von Handicap International Schweiz.

«Kambodscha zeigt, dass eine langfristige Minenräumung und eine Verringerung der Unfälle möglich sind. 2000 hatte das Land mehr als 800 Opfer zu beklagen. Aber 2023 waren es weniger als 30.» Der Landminen-Monitor 2024 dokumentiert die Umsetzung des Ottawa-Vertrags, der den Erwerb, die Herstellung, die Lagerung, den Handel und den Einsatz von Antipersonenminen verbietet. Er umfasst die Daten für das Kalenderjahr 2023 und Informationen bis Oktober 2024 (sofern möglich).

Zahlen des Landminen-Monitors 2024

2023 wurden mindestens 5757 Menschen durch Landminen oder explosive Rückstände von Kriegsmunition getötet oder verletzt. Das sind 22 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr mit 4709 Opfern. 84 Prozent der 2023 registrierten Opfer waren ZivilistInnen. Kinder (1498 Opfer) machten 37 Prozent jener zivilen Opfer aus, von denen Handicap International 2023 das Alter in Erfahrung bringen konnte. Die Opfer waren in 55 Staaten verteilt.

Die zehn Länder mit den meisten Opfern 2023 sind Myanmar (1003), Syrien (933), Afghanistan (651), die Ukraine (580), Jemen (499), Nigeria (343), Burkina Faso (308), Mali (174), Äthiopien (106) und der Irak (102).

Von Mitte 2023 bis Oktober 2024 wurden vom Iran, von Myanmar, Nordkorea und Russland Antipersonenminen eingesetzt. Russland setzt seit seiner Invasion der Ukraine im Februar 2022 Antipersonenminen in grossem Stil ein. Glaubwürdige Meldungen deuten darauf hin, dass die Ukraine – Vertragspartei des Ottawa-Minenabkommens – 2022 Antipersonenminen in der Stadt Isjum und Umgebung eingesetzt hat, als diese unter russischer Kontrolle lag. Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen in mindestens fünf Staaten – Indien, Myanmar, Kolumbien, Pakistan und Palästina (Gaza) – haben ebenfalls Antipersonenminen eingesetzt. Insgesamt sind noch 58 Länder und andere Regionen durch Landminen verseucht.

Fünfte Ottawa-Überprüfungskonferenz

Daniel Suda-Lang ist besorgt: «Es ist beunruhigend, dass die Vertragsstaaten des Ottawa-Vertrags die jüngsten Einsätze nicht vehement verurteilen. Mit ihrer Zustimmung zum Minenverbot haben sie sich verpflichtet, den Einsatz von

Antipersonenminen durch jeden Akteur unter allen Umständen aufs Schärfste zu verurteilen. Die Vertragsstaaten müssen die Bedeutung und die Wirksamkeit dieses Vertrags bekräftigen.»

Vom 25. bis 29. November 2024 trafen sich die Vertragsstaaten in Siem Reap, Kambodscha, zur fünften Überprüfungskonferenz der Ottawa-Konvention. Ziel war es unter anderem, die tatsächliche Umsetzung zu überprüfen – einschliesslich der Fortschritte bei der Beseitigung und Vernichtung von Antipersonenminen – und einen Aktionsplan für die nächsten fünf Jahre zu verabschieden.

Von Russland in der Ukraine eingesetzte Antipersonenminen seit Februar 2022

MOB: Handgezündete Mehrzweckmine mit Richtwirkung, die entweder auf Kommando gezündet oder durch das Opfer aktiviert werden kann. Wenn diese Minen im operativierten Modus mit einem mechanischen Zug-, Zugenlastungs- oder seismischen Zünder verwendet werden, sind sie durch den Minenverbotsvertrag verboten.

MON-50, MON-90, MON-100, MON-200: MON-Serien von handgezündeten Mehrzweckminen können entweder auf Befehl gezündet oder durch das Opfer aktiviert werden. Bei Verwendung im operativierten Modus mit einem mechanischen Zug-, Zugauslöse- oder seismischen Zünder sind diese Minen nach dem Minenverbotsvertrag verboten.

OZM-72: Eine Mehrzweck-Bindemunit, die entweder auf Befehl gezündet oder durch das Opfer aktiviert wird. Wenn sie im operativierten Modus mit einem mechanischen Zug-, Spannungs- oder seismischen Zünder verwendet werden, sind diese Minen durch den Minenverbotsvertrag verboten.

PFM-1/PFM-1S: Diese kunststoffummantelte Mine ist einzigartig geformt und konstruiert und kann durch Minenlegerraketen und auf Lastwagen oder Hubschraubern montierte Spender verstreut werden. Sie enthält 37 Gramm eines flüssigen Hochexplosivstoffs. Sowohl Russland als auch die Ukraine verfügen über Bestände dieses Typs.



Eine Minenräumerin stellt ein Warnschild für Landminen im Dorf Trostianets in der ukrainischen Oblast Sumy auf.

Sexuelle Gewalt in der Armee hat System



In diesem gefährlichen Gebiet in der Nähe der Stadt Nouadhibou in Mauretanien sind Antipersonenminen und explosive Überreste des Krieges mehrere Zentimeter tief im Sand vergraben, sodass die Minenräumer mit Baggern arbeiten müssen.

PMN-2: Eine kreisförmige Mine mit Kunststoffmantel. Die Ukraine hat ihre Bestände dieses Typs 2003 vernichtet.

PMN-4: Eine moderne kreisförmige Mine mit Kunststoffmantel, die von Russland hergestellt wird. Sie wurde erstmals 1993 von Russland öffentlich ausgestellt und von der Ukraine nie gelagert.

POM-2/POM-2R: Eine metallumantelte Begrenzungsmine, die mit Hubschraubern, Bodenraketen oder anderen Mitteln ausgeliefert wird. POM-2- und POM-2R-Minen werden von Russland gelagert, die Ukraine hat ihre Bestände an diesen Minen 2018 vernichtet

POM-3: Die POM-3-Minen werden nur von Russland verwendet und wurden erstmals 2021 bei jährlichen Militärübungen öffentlich gezeigt. Die POM-3 wird durch Raketen oder Lkw-gestützte Abschussgeräte verstreut. Die Ukraine ist nicht im Besitz der POM-3-Mine oder ihres Trägersystems. Markierungen auf einem verbrauchten Kanister, der mit POM-3-Minen fotografiert wurde, die nicht ordnungsgemäss entschärft werden konnten, deuten darauf hin, dass er im Jahr 2021 hergestellt wurde.

Pauline Wilhelm ist Kommunikationsbeauftragte von Handicap International Schweiz.

Bei meinen zahlreichen Truppenbesuchen im Rahmen der Arbeit in der Sicherheitspolitischen Kommission habe ich immer wieder die Gelegenheit, mit Frauen zu sprechen, die Armeedienst leisten. Deshalb haben mich die Ergebnisse der Untersuchung über Diskriminierung und sexuelle Gewalt in der Armee nicht wirklich erstaunt.

94 Prozent der Frauen in der Armee, so zeigt der Bericht, haben sexualisierte Gewalt erlebt. Das verdeutlicht: Dieses Problem hat System. Und das gilt nicht nur für die Schweiz. Studien aus verschiedenen Ländern zeigen, dass sexuelle Belästigung und Übergriffe im militärischen Umfeld häufig vorkommen und in vielen Fällen als Teil des Alltags erlebt werden.

Die Ursachen sind in den hierarchischen Strukturen und männlich geprägten Idealen zu finden. Vorgesetzte verfügen über grossen Einfluss und Autorität, und es wird erwartet, dass Befehle befolgt werden. Diese Machtpositionen erschweren es extrem, sich zu wehren oder Unterstützung zu suchen – eine Kultur des Schweigens entsteht.

Gleichzeitig herrschen männliche Ideale vor. Eine Kultur von Härte und Männlichkeit entschuldigt problematisches Verhalten oft und tut es als Teil des Jobs ab. Bei meinen Gesprächen war ich immer wieder erstaunt, wie häufig Frauen das Problem kleinreden: «Es gehört halt dazu.» Von Frauen in leitenden Funktionen wird die Kultur des Schweigens oft aus Loyalitätsgründen internalisiert. Von Soldaten, die unter Frauen dienen, klang es hingegen oft ganz anders. «Sprüche» seien an der Tagesordnung, Frauen würden «kaum gleich akzeptiert» und sie «gehörten halt nicht wirklich dazu».

Kommt es zu Vorfällen, werden diese oft aus Angst vor Konsequenzen nicht gemeldet. In einer extrem hierarchischen Organisation führt Wi-



derstand gegen das System häufig zu einem Karriereknick. In einer Kultur des Schweigens entsteht zudem nicht unbegründet der Eindruck, dass Beschwerden keine Konsequenzen haben.

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten bringt einen spürbaren patriarchalen Backlash mit sich, der auch auf die Schweiz ausstrahlt. Trump verkörpert die Haltung, dass sexualisierte Gewalt ein Kavaliärsdelikt ist – eine Einstellung, die strukturelle Probleme nur weiter zementiert.

Es bleibt zu hoffen, dass der propagierte Kulturwandel des Armeechefs auch «against all odds» durch strukturelle Massnahmen gefördert wird. Andernfalls bleiben für die Frauen als «Dank» für ihren militärischen Dienst an der Gemeinschaft die psychischen und physischen Folgen.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Die Achse des Widerstandes

Ende September 2024 tötete Israel in einem massiven Schlag gegen einen Wohnblock in einem südlichen Vorort Beiruts, der Dahiyeh, Sayyed Hassan Nasrallah. Über 30 Jahre war er der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah gewesen und hatte ein Leben im Untergrund geführt. Er war das wohl bekannteste Gesicht der selbsternannten «Achse des Widerstandes». Diese spielt im laufenden israelischen Krieg in Gaza und dessen regionaler Eskalation eine entscheidende Rolle, hat aber eine schwierige Aufgabe zu lösen: glaubhaft an der Seite ihres Verbündeten Hamas zu stehen, ohne dabei den Konflikt regional zu eskalieren. Dieser Versuch muss nun als misslungen gelten.

/ Hanna Pfeifer /

In Reaktion auf die Anschläge der Hamas sowie weiteren militanten palästinensischen Gruppen aus dem Gazastreifen vom 7. Oktober 2023 gegen Militärs und ZivilistInnen auf israelischem Boden begann die israelische Regierung ab dem 9. Oktober 2023 einen Krieg ungekannten Gewaltausmasses im Gazastreifen, dem bis heute eine ungewöhnlich hohe Zahl von ZivilistInnen zum Opfer gefallen ist. Der laufende Gewaltkonflikt hatte jedoch von Beginn an eine regionale Dimension. Zwischen dem israelischen Militär und der libanesischen Hisbollah etwa. So wurde durch Unifil-Beobachtermission zwischen Oktober 2023 und Februar 2024 der Abschuss von 8918 Geschossen durch Artillerie und Mörser über die «blaue Grenze» registriert, davon zwischen 80 und 90 Prozent von Israel aus in den Libanon. Darüber hinaus flog Israel von Beginn des Konfliktes bis August 2024 rund 7400 Luftangriffe über libanesischem Staatsgebiet, die Hisbollah hatte Israel mit 1200 Drohnen und Luftschlägen attackiert.

Israelische Eskalation mit der «Achse des Widerstandes»

Im September 2024 erreichte die Eskalation der Gewalt zwischen Israel und diversen regionalen Akteuren, die sich selbst als Mitglieder der «Achse des Widerstandes» bezeichnen, einen vor-

läufigen Höhepunkt. Die Entwicklungen der vorhergehenden Wochen können nur als dramatisch bezeichnet werden. Bereits im Juli hatte der Konflikt eine neue Eskalationsstufe erreicht: In der libanesischen Hauptstadt Beirut tötete die israelische Luftwaffe gezielt Fuad Shukr, Kommandeur, Waffenexperte und Gründungsmitglied des bewaffneten Armes der Hisbollah sowie enger Vertrauter ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah.

Nur wenige Stunden nach der Tötung Shukrs gelang Israel durch die Detonation einer versteckten Explosionsladung die Tötung des politischen Führers der Hamas, Ismail Haniyeh, in einem durch die islamischen Revolutionsgarden streng bewachten Gästehaus in Teheran. Haniyeh war Chefunterhändler der Hamas in den laufenden, von Katar vermittelten Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Gaza gewesen.

Von Gegenschlag zu Gegenschlag

Die Hisbollah hatte mit einer ersten Runde von Gegenschlägen reagiert, Nordisrael unter Raketen- und Drohnenbeschuss gestellt und dabei einen israelischen Offizier getötet, eine zweite Runde wurde angekündigt. Iranische Gegenschläge waren bis dahin ausgeblieben. Noch bevor heftigere Reaktionen beider Akteure erfolgen konnten, unternahm Israel zwei weitere Eskalationsschritte im Libanon. In einer lang geplanten Aktion des Mossad explodierten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in Pagn und Walkie-Talkies versteckte Sprengladungen. Die Kommunikationsmittel wurden von Kämpfern und zivilen Angehörigen der Hisbollah genutzt. Die Anschläge töteten über 30 Menschen, darunter mehrere Kinder, und verletzten über 3000 Menschen.

Es folgten massive israelische Luftschläge im späten September 2024, die zu den tödlichsten seit Jahrzehnten gehören. In ihnen kamen an einem Tag bis zu 600 Menschen ums Leben. Sie zwangen eine Million Menschen im Libanon zur Flucht. 100'000 Menschen flohen über die Grenze in das seit über einem Jahrzehnt vom Bürgerkrieg gebeutelte Syrien. Am letzten Septemberwochen-

ende schliesslich wurde der Tod des Hisbollah-Generalsekretärs Nasrallah sowie einer weiteren Person aus dem Hisbollah-Führungskreis, Ali Karaki, und des Hamas-Führers im Libanon, Fatah Sherif al-Amin, bekannt gegeben. Zudem begann Israel mit Bombardierungen des Hafens von Hodeidah im Jemen, erklärtermassen in Reaktion auf Raketenbeschuss durch die Huthis.

Die Ursprünge der «Achse des Widerstandes»

Israel setzt auf die Eskalation eines regionalen Krieges gegen eine Reihe von Akteuren. Neben der Hamas gehören die libanesischen Hisbollah, die jemenitischen Huthis, irakische und syrische Milizen sowie Iran und Syrien zur sogenannten «Achse des Widerstandes», der für den laufenden Gewaltkonflikt und seine regionale Dimension eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Die Achse findet ihren Ursprung im von George W. Bush ausgerufenen «Global War on Terror». In einer Rede an die Nation nach den Anschlägen des 11. September 2001 behauptete er die Existenz einer «Achse des Bösen», die eine unwahrscheinliche Konstellation von Staaten (zunächst den Irak, Iran und Nordkorea, später noch Kuba, Libyen und Syrien) zusammenbrachte. Iran hatte 2001 noch Unterstützung für die US-geführten Militärschläge gegen die Taliban in Afghanistan zur Verfügung gestellt. Angesichts von US-Phantasien über Achsenmächte, Terrorismusunterstützung und Massenvernichtungswaffen sowie des 2003 beginnenden Krieges gegen den Irak befürchtete Iran nun jedoch, dass es zum nächsten Ziel im «Global War on Terror» werden könnte. Es begann, seine regionalen Allianzen mit Syrien und nicht-staatlichen Gruppierungen im Libanon, dem Irak und in Palästina zu stärken, darunter der Hisbollah und der Hamas. Regionale Medien schufen in Anspielung auf die «Achse des Bösen» die Bezeichnung der «Achse des Widerstandes».

Von Beginn an war die Achse als loses, flexibles Netzwerk angelegt, bei dem alle Teile auch eine jeweils eigene Agenda verfolgen, jedoch ihre Deutung von Bedrohungslagen und entsprechend regio-

nale Ziele teilen. Im Kern handelt es sich um ein selbsterklärt antihegemoniales Projekt, das sich gegen postkoloniale Machtambitionen in der Region richtet und insbesondere US-Pläne für einen «Neo Middle East» zu verhindern sucht. Israel wird aufgrund der illegalen Besatzung palästinensischer Gebiete sowie Teilen des Libanons und Syriens als zentrales Feindbild konstruiert. Dabei reichen die Kampfansagen der politischen Führungen der Achsenmitglieder von Ankündigungen einer Vernichtung, insbesondere durch den iranischen Präsident Ahmadinejad von 2005 bis 2013, bis zu Vorschlägen einer Ein- oder Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästina.

Nasrallahs Deutungen

Die Achse sieht die Staatsgründung Israels in einer Linie mit dem westlichen Kolonialismus in der Region, der sich zunächst in einen Imperialismus verwandelte und gegen den sich der «Widerstand» richtet. Zum Höhepunkt amerikanischer Macht nach dem Kalten Krieg standen indirekte Formen der Einflussnahme und Hegemoniebestrebungen mit und durch Israel sowie willfährige arabische Staatsführer neben direkten Interventionen.

Der Afghanistan- und der Irakkrieg stellten demnach Versuche einer regionalen Neuordnung dar, die vom amerikanischen «Proxy» Israel durch den Juli-Krieg im Libanon und den Gazakrieg 2008–2009 unterstützt worden seien. Ziel sei es, so etwa Nasrallahs Deutung, die arabische Bevölkerung US-Interessen unterwürfig zu machen, sie in «singers and dancers» zu verwandeln, wohlgesonnene Regime einzusetzen und unliebsame zu stürzen sowie die «Achse des Widerstande» zu brechen und das Anliegen der PalästinenserInnen ein für alle Mal zugunsten von Israel zu begraben.

Krisenjahre der Achse

In der Deutung der Achse veränderte der Sturz mehrerer Langzeitdiktatoren im Zuge der Arabischen Aufstände aber die westlichen Kalküle: Die Wünsche der arabischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung

wären dem Westen ein Dorn im Auge. Die Hisbollah dagegen gerierte sich als Unterstützerin der Massenproteste in Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrain und dem Jemen. Ein Problem für die Rechtfertigungslogik der Hisbollah stellten jedoch die Aufstände der SyrerInnen gegen das Assad-Regime dar. Letzteres galt als Kernmitglied der «Achse des Widerstandes» – bekämpfte nun aber die eigene, protestierende Bevölkerung. Ab 2013 intervenierte die Hisbollah offiziell aufseiten des Regimes, auch Iran unterstützte den syrischen Machthaber militärisch. Dies führte nicht nur zu Widersprüchen in der Achsen-Agenda, sondern auch zu einem temporären Bruch mit der palästinensischen Hamas, dem einzigen sunnitischen Mitglied der Achse.

Deren Mitgliedschaft in der selbsternannten Widerstandsgruppe hatte bis dahin eine besondere Bedeutung für die Rechtfertigung des Projektes gespielt: Es handelte sich nicht etwa um ein Bündnis, das schiitische Ordnungs- und Machtpolitik in der Region betreiben wollte, sondern vielmehr um eine Allianz mit dem Ziel der Befreiung palästinensischer, libanesischer und syrischer Gebiete von israelischer Besatzung.

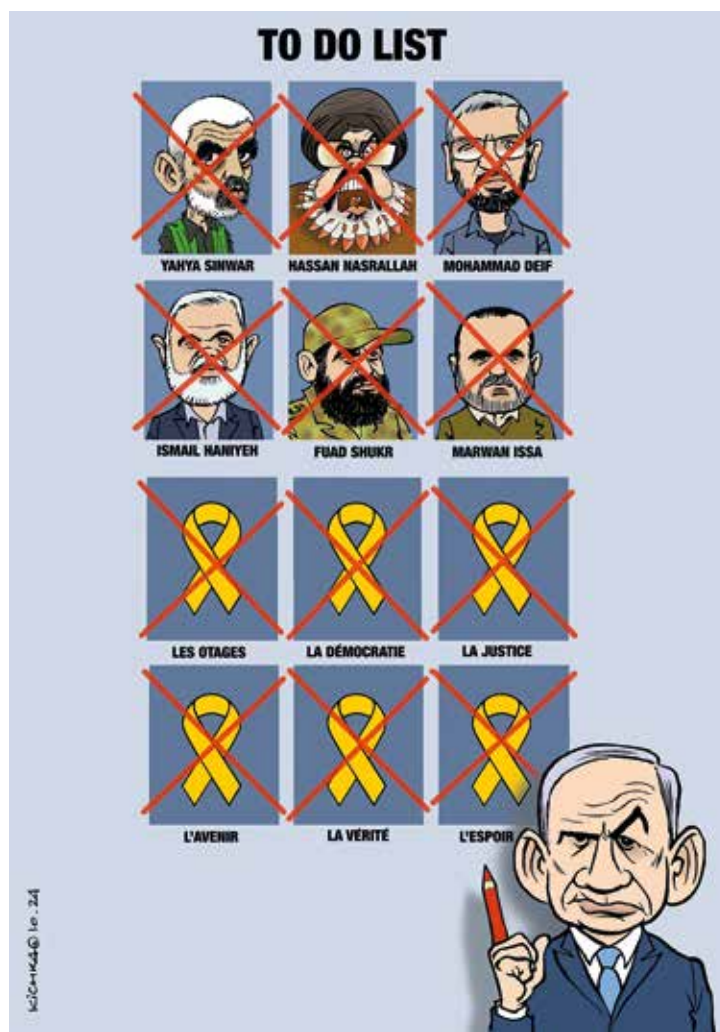
Der Bruch der Achse in Syrien

Die brutale Bekämpfung der vornehmlich sunnitischen, aufständischen, sy-

rischen Bevölkerung durch das Assad-Regime und seine Achsenverbündeten liess die Selbstlegitimation der Achse als Widerstandsprojekt zunehmend unplausibel erscheinen und die Unterstützung durch die regionale Bevölkerung schwinden. Erst der Aufstieg des sogenannten «Islamischen Staates» und die Kampfhandlungen einer saudisch geführten Allianz im Jemen verhalfen der Achse zu neuen Begründungen für ihre Beteiligung an diversen Kriegen in der Region.

Dennoch hatte sich die sunnitische Hamas in diesen Jahren anderen Gruppen angenähert, nämlich solchen, die ihrem eigenen ideologischen Ursprung nahestanden: Ablegern der Muslimbruderschaft in Ägypten und Tunesien sowie in der syrischen Opposition. Doch schon 2013 erlebte dieses alternative Unterstützungsnetzwerk einen Bruch, als der Muslimbruder und gewählte ägyptische Präsident Mohammed Mursi durch einen Militärcoup gestürzt wurde.

Der Gazakrieg 2014 und das Scheitern der syrischen Revolution trieben eine Wiederannäherung der Hamas an die Achse voran. Denn Iran war inzwischen die einzige Regionalmacht, die Hamas mit Waffen versorgen konnte. Auch mit dem syrischen Regime erfolgte schliesslich eine Aussöhnung und die Hamas gesellte sich zurück in die Reihe der festen Achsenmitglieder.



Neue Mitglieder, geteilte und eigene Agenda

Auch wenn die Hisbollah eine derartige Deutung stets ablehnte, so drängte sich in Bezug auf die Achsenpolitik der Eindruck auf, sie befördere vor allem schiitische «Widerstandsprojekte». In Syrien und im Irak kämpften die Hisbollah und Iran an der Seite des Assad-Regimes und schiitischer Milizen, die von ihnen ausgebildet und ausgestattet worden waren. Auch die Huthis im Jemen durchliefen ab 2015 ein Trainingsprogramm und erhielten allerlei Formen indirekter militärischer Unterstützung.

Die Achse weitete sich über die 2010er-Jahre also aus, gewann neue Mitglieder und realisierte zu-

Fortsetzung Seite 8

nehmend das, was Nasrallah als die «goldene Gleichung» oder «Armee-Volk-Widerstands-Formel» bezeichnete. Widerstandsprojekte würden demnach nur dann erfolgreich sein, wenn der bewaffnete Widerstand, also Milizen nach dem Vorbild der Hisbollah, die offiziellen Streitkräfte eines Staates und der breite Volkswiderstand Seite an Seite gegen den Feind kämpften. Als Modellfall dafür hatte er den Libanon im Kampf gegen Israel vor Augen.

Die sunnitische Hamas

In der Tat gibt dies einigen Aufschluss über die Funktionsweise der Achse, die keineswegs als einfaches Proxy-Netzwerk Irans gedeutet werden sollte. Zwar ist Iran vor allem im Hinblick auf Waffen der wichtigste Unterstützer der anderen Achsenmitglieder. Aber diese sind mittlerweile nicht nur in der Lage zu eigener Rüstungsproduktion. Sie verfolgen neben der geteilten regionalen Vision auch jeweils eigene, mehr oder weniger lokale Ziele und Agenden. Die Hisbollah etwa hat dem Ziel der Umsetzung islamischer Staatlichkeit nach dem iranischen Modell entsagt, weil sie im multikonfessionellen Libanon dafür nicht die richtigen Voraussetzungen als gegeben sieht und der Überzeugung ist, dass politische Systeme kontextspezifisch passend für die Bevölkerung gestaltet werden müssen. Auch bekennen sich die Achsenmitglieder wie die Huthis und die Assad-Familie zu anderen Versionen des schiitischen Islams als die Hisbollah und Iran. Die Hamas ist eine sunnitische islamistische Bewegung.

Schliesslich liegen die militärstrategischen Prioritäten der Achsenmitglieder jeweils unterschiedlich: Die Hisbollah agiert primär gegen die israelische Präsenz im Südlibanon und unterstellte Expansionsbestrebungen in der Region; schiitische Milizen im Irak richten sich vor allem gegen die verbleibende amerikanische Präsenz und die sunnitischen Kräfte im Land, während die Huthis Kontrolle über den gesamten Jemen erlangen und die Einmischung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate beenden möchten.

Neue strategische Tiefe – ab 2018

Grundsätzlich ist deswegen durchaus vorstellbar, dass die divergierenden Prioritäten der Achsenkräfte miteinander in Spannung geraten können. Über die Jahre unter US-Präsident Donald Trump

gewann die Achse jedoch tiefere strategische Bedeutung durch einige Schlüsselereignisse: So zeigte die US-Administration sich zunehmend feindlich gegenüber Iran, kündigte 2018 das Atomabkommen auf und befahl 2020 die gezielte Tötung von Qassem Soleimani, dem Architekten der Achse. Im selben Jahr verhandelte Trump ohne Beteiligung der PalästinenserInnen mit Benjamin Netanjahu einen als «Jahrhundertdeal» angekündigten Friedensplan, der nicht nur weitgehende Einschränkungen in der Souveränität eines zu etablierenden palästinensischen Staates, sondern auch einen Freibrief für die völkerrechtswidrige Annexion besetzter palästinensischer Gebiete durch Israel beinhaltete.

Ebenfalls 2020 wurden unter Führung Trumps schliesslich die «Abraham Accords» geschlossen. In diesen Abkommen ist eine Normalisierung der Beziehungen Israels mit Bahrain und den Arabischen Emiraten, aber auch mit Marokko und dem Sudan vorgesehen – ohne dass die Anerkennung Israels länger an eine Zweistaatenlösung gekoppelt gewesen wäre. Diese Annäherungen zwischen Israel und weiteren arabischen Staaten, die wachsende Feindlichkeit der USA gegenüber Iran und die Rückkehr der Hamas in die Mitte der Achsenmächte, während gleichzeitig die Interessen der PalästinenserInnen systematisch durch Trumps Deals unterminiert wurden, liessen den strategischen Wert der «Achse des Widerstands» wieder steigen.

Phase der Entspannung

Jedoch brachte das Jahr 2023 zwei Veränderungen für die Palästinafrage und die Rolle der Achse. Zum einen bahnte sich im Fahrwasser der «Abraham Accords» eine aussichtsreiche Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Israel an. Nur wenige Wochen vor den Angriffen des 7. Oktobers hiess es aus dem saudischen Königshaus, dass man einer Einigung täglich näherkomme. Eine Normalisierung der saudisch-israelischen Beziehungen hätte weitere Verhandlungsnachteile für die PalästinenserInnen mit sich gebracht: Einer der mächtigsten Staaten der Region hätte Israel anerkannt, ohne dass klar gewesen wäre, wie dabei palästinensische Interessen berücksichtigt worden wären. Dieser Prozess wurde durch die Anschläge der Hamas und anderen militanten Gruppen zumindest zeitweise suspendiert.

Zum anderen war auch grundsätzlicher eine regionale Phase der Entspan-

nung angebrochen, die insbesondere eine Deeskalation sektaristischer Konflikte beinhaltete. Iran und Saudi-Arabien begannen einen von China vermittelten Annäherungsprozess, Syrien wurde nach 12 Jahren der Suspendierung wieder in die Arabische Liga aufgenommen. All dies geschah jedoch, ohne dass die Palästinafrage für die verhandelnden Staatsmänner zu einem vordringlichen Thema gemacht worden wäre. Es ergibt sich ein Gesamtbild einer zunehmend auf Annäherung und Entspannung setzenden Regionalpolitik, in der die Lösung der Palästinafrage von niemandem mehr zur Bedingung von Zugeständnissen gemacht wird.

Die Gratwanderung der Achse

In diesem Sinne kann der von der Hamas koordinierte Überfall auf Israel als Versuch gewertet werden, Palästina mit Gewalt zurück auf die regionale und globale Politikagenda zu setzen – und zwar als in vielen Hinsichten «gelungener» Versuch. War bis vor Kurzem umstritten, ob und wie viel Iran und die Hisbollah von den Anschlägen wussten, so bringen interne Dokumente der Hamas nun Klarheit: Die Achsenmitglieder setzten auf eine Art Hinhaltenaktik bei grundsätzlicher Zusicherung von Unterstützung für die Hamas, die nicht mehr länger mit ihren Anschlägen warten wollte. Zu dieser Erkenntnis passt die Beobachtung des Verhaltens der Hisbollah und vom Iran über die letzten Monate, die zeigen, dass die zentralen Achsenmächte kein Interesse an einer weiteren Eskalation der Gewalt haben.

Trotz der begrenzten militärischen Reaktionen sind die Unterstützungswerte der Achsenmitglieder, die über die 2010er Jahre stark abgesunken waren, seit Beginn des Gazakrieges deutlich gestiegen. Sie gelten als die einzigen, die Israel in der Auseinandersetzung tatsächlich etwas entgegenhalten. Auch in anderer Hinsicht wurde die Achse gestärkt, konnte sie doch ein hohes Level an Koordination und militärischer Effektivität unter Beweis stellen.

Ein Beispiel sind die konzertierten Aktionen in Reaktion auf die Tötung hochrangiger Hamas-Führer im Januar 2024 in Beirut, nach denen Hisbollah-Chef Nasrallah die «Achse des Widerstandes» zum Handeln aufgefordert hatte: Huthis attackierten Handelsschiffe im Roten Meer, die Hisbollah feuerte 62 Raketen auf eine israelische Militärbasis, im Irak und Syrien wurden US-Basen

von Drohnen schiitischer Milizen aus dem Irak angegriffen und Iran kaperte einen Öltanker im Golf von Oman.

Der iranische Gegenschlag

Obwohl der rhetorischen Erklärung voller Solidarität mit der Hamas also durchaus Taten folgten, waren die Schläge der Achsenmitglieder bisher von grosser Zurückhaltung gekennzeichnet. Bis zur aktuellen israelischen Eskalationsspitze war die deutlichste, aber klar kalkulierte Reaktion Irans auf den israelischen Angriff auf seinen Botschaftskomplex in Damaskus im April 2024 erfolgt. Iran schoss 300 Drohnen, Marschflugkörper und ballistische Raketen in Richtung Israel ab. Die überwiegende Mehrheit wurde durch israelische Verteidigungssysteme oder bereits über irakischem und jordanischem Luftraum von den USA oder Jordanien abgefangen. Es kam zu geringen Schäden und einer Verletzung, aber keinen Toten.

Iran hatte Israel und seinen Verbündeten ausreichend Zeit für die Vorbereitung auf den Schlag gegeben, hinter geschlossenen Türen gab es wohl auch Koordination zwischen Teheran und Washington. Der iranische Gegenschlag wurde als Versuch interpretiert, Israel von einer weiteren Eskalation im Libanon und Syrien, vielleicht sogar in Iran selbst abzuschrecken. Auch die Hisbollah schwenkte nach den Vergeltungsschlägen im August auf eine Rhetorik der Eindämmung ein. Selbst auf die Tötung Nasrallahs und damit den bisher schwersten Schlag Israels auf den wichtigsten Achsenpartner Irans reagierte dieses mit begrenzten Schlägen. Zwar überstiegen diese den Vergeltungsschlag aus dem Frühjahr, aber die physischen Auswirkungen beschränkten sich dank der israelischen Raketenabwehr, aber vor allem wegen des begrenzten Umfangs der Attacke, auf Sachschäden und geringfügige Verletzungen. Ein Palästinenser wurde von einem herabfallenden Raketenteil in der Westbank getötet.

Krieg mit Iran verhindern

Dass weder Abschreckung noch Eindämmung Israels gelangen, darauf deuteten bereits die gezielten Tötungen von Fuad Shukr in Beirut und von Ismail Haniyeh in Teheran hin. Unzweifelhaft als gescheitert gelten muss die Gratwanderung der Achse seit den massiven israelischen Angriffen auf die Hisbollahstellungen und andere Ziele im Libanon. Israel hat mit den Tötungen mehrerer

Führungspersonen sowohl der Hisbollah als auch der Hamas empfindliche Schläge versetzt, Iran durch die erfolgreichen Angriffe gegen Mitglieder der Achse strategische Nachteile und durch die gelungene Tötung Haniyehs unter dem Schutz der Revolutionsgarden einen Gesichtsverlust zugefügt.

Nicht überschätzt werden kann der Tod des charismatischen und strategisch wie politisch versierten Führers Nasrallah, der bei der Hisbollah auf absehbare Zeit für Orientierungslosigkeit sorgen dürfte. Zuletzt wurde nun mit Yahya Sinwar auch der Führer der Hamas und zentraler Drahtzieher des Überfalls vom 7. Oktober getötet. Am Eskalationswillen der israelischen Regierung scheinen diese militärischen «Erfolge» jedoch nichts zu ändern. Netanjahu verfolgt wohl das Kalkül, statt als Verantwortlicher für das militärische Versagen bei den Angriffen des 7. Oktober als Held in die Geschichte einzugehen, dem das «Ausmerzen» zweier Todfeinde Israels, der Hamas und der Hisbollah, gelang.

Desaströse Folgen

Dem liegt mindestens eine Fehleinschätzung zugrunde: Nichtstaatliche Gewaltakteure wie die Hamas und die Hisbollah lassen sich nicht militärisch besiegen. Das Handlungsrepertoire beider reicht nämlich weit über die Anwendung unterschiedlicher Gewaltformen hinaus. Sie stellen seit Jahren Governance inklusive sozialer Leistungen zur Verfügung und organisieren ziviles Leben im von ihnen kontrollierten Territorium. Sie agieren als Partei, im Falle der Hisbollah sogar als langjähriges Mitglied in Regierungskoalitionen im Libanon. Sie verfügen über transnationale Unterstützungsnetzwerke und – nicht zuletzt durch die israelischen Kriegsverbrechen und tödliche Massengewalt gegen ZivilistInnen im Gazastreifen – inzwischen auch wieder über breiten Rückhalt in der lokalen wie regionalen Bevölkerung. So sehr die jüngsten Militärschläge und Tötungen der israelischen Führung als taktischer Erfolg gelten mögen, so wenig Wert dürften sie in strategischer Hinsicht haben.

Desaströs sind schon jetzt die Folgen vor allem für palästinensische und libanesischen, aber auch israelische, syrische und jemenitische ZivilistInnen – und die Lage für sie wird zunächst weiter schlechter. Sind bereits jetzt weit über zwei Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens durch israelische Militärhandlungen getötet worden, so gehen konservative

Hochrechnungen davon aus, dass noch mindestens viermal so viele Menschen an indirekten Kriegsfolgen sterben werden. Die israelische Regierung hat im Gazastreifen menschliche Lebensgrundlagen systematisch vernichtet; immer mehr ExpertInnen sprechen von genozidalen Akten. Im Libanon stehen ebenfalls hohe zivile Opferzahlen zu befürchten, schon jetzt deuten einige Handlungen des israelischen Militärs – wie die Angriffe auf Unifil und die Sprengung eines ganzen Dorfes im Südlibanon – auf schwere Kriegsverbrechen hin. Einige Kräfte im Libanon mögen den Tod Nasrallahs darüber hinaus als Chance wahrnehmen, der Hisbollah im innerlibanesischen Machtkampf entscheidende Schläge zuzufügen. Das Worst-Case-Szenario wäre das erneute Ausbrechen eines Bürgerkrieges.

Langsame Befriedung der Region?

Schliesslich ist die Eskalation mit Iran noch lange nicht beendet. Die israelische Regierung hat nicht zuletzt erwogen, iranische Nuklearanlagen anzugreifen, scheint davon aber vorerst durch das Markieren einer Roten Linie seitens der Biden-Administration abgesehen zu sein. Die USA haben zudem einen Stopp von Waffenlieferungen in Aussicht gestellt, sollte Israel im Gazastreifen weiterhin den Zugang zu humanitärer Hilfe blockieren.

Und dennoch können diese zaghaften amerikanischen Versuche, Einfluss auf Netanjahu zu nehmen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA im Zweifelsfall an der israelischen Seite gegen Iran stehen. Dabei wäre jetzt, nach dem Tod Sinwars, ein Gelegenheitsfenster dafür gekommen, die Eskalationswut der israelischen Regierung zu stoppen, wie im Frühjahr einen begrenzten Gegenschlag gegen Iran zu erwirken und Netanjahu zu einem Waffenstillstand in Gaza zu drängen, ja, ihn unter Ausschöpfung aller Mittel von Waffenembargos über Sanktionen dazu zu zwingen. Endet der Krieg in Gaza, dann wird auch die «Achse des Widerstandes» ihre direkten Aktivitäten gegen Israel und seine Verbündeten wieder einstellen. Und eine langsame Befriedung der Region würde wieder am Möglichkeitshorizont erscheinen.

Hanna Pfeifer ist Leiterin des Forschungsbereichs «Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit» am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Der Beitrag stammt aus der Ausgabe Nr. 4/2024 der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden*. Die Untertitel sind von der FRIEDENSZEITUNGS-Redaktion.

Kollektive Sicherheit beschädigt

Im August 2023 hat Bundesrätin Viola Amherd eine Studienkommission zum Thema Sicherheitspolitik eingesetzt, die ihren Bericht im August dieses Jahres veröffentlicht hat. Augenfällig ist die zentrale Stellung, die der «kollektiven Sicherheit» in diesem Bericht zukommt – und nicht mehr der «autonomen Landesverteidigung», die bis anhin das A und O der Sicherheitspolitik bildete.

/ Ruedi Tobler /

In einer Art Vorbemerkung steht zu Beginn: «Die Sicherheitslage in Europa hat sich in jüngerer Zeit massiv verschlechtert. Die globale Lage ist von drei wesentlichen Entwicklungen geprägt: der Herausforderung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit der USA, dem Konflikt zwischen Autokratien und Demokratien sowie einem neuen Selbstverständnis des globalen Südens. Es ist weitgehend unbestritten, dass auf absehbare Zeit mit einer «Weltunordnung» zu rechnen ist, da das System der kollektiven Sicherheit beschädigt ist. Besonders davon betroffen ist die Nachkriegsordnung in Europa und damit auch die Sicherheit der Schweiz.»

Die Eingeladenen und Versmähten

In der Vernehmlassung des Friedensrates zum Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichts 2021 vom 18. August 2021 wurde in einer Vorbemerkung zur Einladungsliste die einseitig militärlastige Auswahl der eingeladenen Organisationen kritisiert und das mit einer ausführlichen Aufstellung «Kategorisierung der eingeladenen Organisationen zu SIPO-Vernehmlassungen» unterlegt. Das scheint gewirkt zu haben.

Neben den Vertretungen der Fraktionen im Parlament (mit 6 Mitgliedern) setzten sich die weiteren Expertinnen und Experten (mit 14 Mitgliedern) zur Hälfte aus den Bereichen Militär (5) und Polizei (2) zusammen; unter den weiteren möchte ich erwähnen: Elisa Cadelli, Präsidentin foraus, Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace, Wolfgang Ischinger, ehemaliger Staatssekretär und Botschaf-

ter, Deutschland, und Marco Jorio, Historiker, bekannt vor allem wegen seiner Arbeit «Die Schweiz und ihre Neutralität. Eine 400-jährige Geschichte» (2023).

Allerdings wurden die Friedensorganisationen nach wie vor nicht einbezogen – etwa das Cenac (Centre pour l'action non-violente), die Frauen für den Frieden, Frieda – die feministische Friedensorganisation, die GSoA, der Schweizerische Friedensrat oder die Wilpf Schweiz. Und auch die Kirchen sind vom VBS seit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 nicht mehr zu Vernehmlassungen eingeladen worden.

Zusammenfassung der Empfehlungen

Der Bericht ist nach einer Zusammenfassung und Einleitendem in sechs Kapitel gegliedert: Ausgangslage, Neutralität, sicherheitspolitisches Umfeld und internationale Kooperation, sicherheitspolitische Instrumente: Armee, Bevölkerungsschutz und weitere Instrumente von Bund und Kantonen, Rüstungspolitik und wirtschaftliche Landesversorgung. Zu jedem Kapitel gibt es Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Diese überschneiden sich recht stark, weshalb wir uns hier auf die aus unserer Sicht bedeutendsten Empfehlungen beschränken. Im Unterschied zur totalen Landesverteidigung – die zur Zeit des Kalten Krieges unter dem schöneren Begriff Gesamtverteidigung breit abgestützt und auf autonome Verteidigung ausgerichtet war – setzt der Bericht der Studienkommission auf die kollektive Sicherheit. Damit ist der Beitritt der Schweiz zur UNO auch in der Sicherheitspolitik angekommen.

✘ Dazu solle der Bundesrat eine Revision der Neutralitätspolitik vornehmen, die sich stärker an der UNO-Charta orientiere. Und das schweizerische Sanktionsregime solle analog zur Neutralitätspolitik an den Sicherheitsinteressen der Schweiz ausgerichtet werden – und offenbar nicht mehr an der Beteiligung westlicher Sanktionen, wie aktuell gegen Russland wegen seines Krieges gegen die Ukraine... Immerhin sollen die massgebliche Unterstützung und der Wiederaufbau der Ukraine als Bestandteil

der schweizerischen Sicherheitspolitik verankert werden.

✘ Zugleich wünscht die Kommission auch eine «Verteidigungskooperation» mit der Nato und der EU, also eine klare Eingliederung in den Westen. So werde gewährleistet, dass die Schweiz auf dem Kontinent keine Sicherheitslücke darstelle – und sie leiste damit einen angemessenen Beitrag an die europäische Sicherheit. Der Zugang zu den EU- und Nato-Rüstungsprogrammen sei sicherzustellen. Im Rahmen der Verteidigungskooperation solle sich die Schweiz an einer gemeinsamen Abwehr ballistischer Lenkwaffen beteiligen, die die Kommission als existenzielle Bedrohung sieht. Hingegen solle die Schweiz den Atomwaffenverbotsvertrag TPNW nicht unterzeichnen.

✘ Die militärische Friedensförderung solle ausgebaut werden. Ein zweites Kontingent sei aufzubauen, sobald sich eine Gelegenheit biete. Ausserdem solle geprüft werden, wie die Friedensförderungseinsätze und Ausbildungen im Ausland noch attraktiver gestaltet werden können, sowohl für Milizangehörige als auch für Berufspersonal. Auch solle geprüft werden, ob eine stärkere Beteiligung an bestehenden UNO-Missionen möglich und sinnvoll sei.

✘ Die sicherheitsrelevanten Instrumente von Bund, Kantonen und Gemeinden seien rasch zu klären und aufeinander abzustimmen. Die nationale Polizeidatenbank sei als vordringlich einzustufen und deren Einrichtung vorzunehmen.

✘ Die schweizerische Rüstungsindustrie sei zu stärken und auf die neue Bedrohungslage auszurichten. Die Innovation in der Rüstungsindustrie sei durch geeignete Rahmenbedingungen zu stärken. Die Ruag sei als Kompetenz- und Systemintegrationszentrum zu positionieren. Die landeseigene Munitionsproduktion sei voranzutreiben. Die inländische Drohnenproduktion solle vorangetrieben und auf die militärischen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Bei der Rüstungsbeschaffung sei der Standort Schweiz als Evaluationskriterium zu gewichten. Der

Zugang zu den EU- und Nato-Rüstungsprogrammen sei sicherzustellen.

✘ Der Rüstungsexport solle an die geopolitischen Entwicklungen angepasst und durch eine Revision der Kriegsmaterialverordnung neu ausgerichtet werden. Der Fokus müsse auf Staaten mit einer demokratischen Rechtsordnung liegen. Das Wiederausfuhrverbot für Länder gemäss Anhang 2 der Kriegsmaterialverordnung sei aufzuheben.

✘ Die internationale Kooperation sei auch auf diplomatischer und juristischer Ebene weiterzuführen, namentlich im Rahmen der UNO und der OSZE. Die bilateralen Verträge mit der EU seien als Teil der wirtschaftlichen Landesversorgung zu betrachten, und es sei mit allen Mitteln auf deren Sicherstellung hinzuwirken. Die zivil-militärische Zusammenarbeit im Bereich der klimabedingten Umwelt- und humanitären Katastrophen sei zu verstärken und zu verbessern.

✘ Der Beeinflussung und Desinformation sei besondere Beachtung zu schenken, Systeme für deren Beobachtung, Warnung und Abwehr sollten entwickelt und eingerichtet werden. Der Cybersicherheit sei auf allen Stufen des Bundes und der Kantone die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, auch mit allfälligen Vorgaben an Private. Es seien Rechtsgrundlagen für den Einsatz von KI, Robotik und autonomen Waffensystemen zu schaffen.

✘ Mit einzubeziehen seien Strategien gegen die hybride Kriegsführung. Die Rechtsgrundlagen des NDB sollten an die aktuellen Anforderungen angepasst werden. Konkret sollten die gegenwärtigen Hürden zur Verfolgung von Beeinflussungsaktivitäten eliminiert werden. Zu forcieren sei insbesondere die Ausweisung ausländischer Spione. Die vom Bund im Rahmen der Presseförderung subventionierten und konzessionierten Medien sollten auf geeignete Weise dazu verpflichtet werden, Vorkehrungen gegen Desinformation und Beeinflussungsaktionen zu treffen. Zu prüfen sei, ob die Massnahmen, die dem Bundesrat in einer Phase mit zunehmenden Spannungen zur Verfügung stehen, ausreichend seien oder erweitert werden müssten.

✘ Auch der Nachrichtendienst und die Armee sollten die Bedrohungslage durch Russland und weitere Autokratien sowie durch die von diesen geführ-

ten hybriden Angriffen klar benennen und offen ansprechen. Wo möglich, sei die Abhängigkeit von autokratischen Regimes zu reduzieren. Dies gelte insbesondere für Rohstoffe und Halbfabrikate sowie Technologien, die für kritische Infrastrukturen (Telekommunikation, Energie) notwendig sind. Massnahmen im Inland zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zur Diversifizierung der Lieferketten seien zu prüfen.

✘ Die Erwartungen an die eigene Verteidigungsfähigkeit seitens der Schweiz seien festzuhalten, eine auf die heutige Bedrohungslage ausgerichtete umfassende Verteidigungskonzeption sei zu erstellen, ein Katalog mit Gegenleistungen zuhanden der Kooperationspartner sei zu erarbeiten und die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen seien sicherzustellen. Die Armee sei wieder auf ihre Verteidigungsfähigkeit auszurichten, damit sie ihren Verfassungsauftrag wahrnehmen könne. Der von der Armee vorgelegten Planung sei zu folgen und das Budget für die Armee bis 2030 auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen. Auch die Organisationsstruktur der Armee sei auf den Verteidigungsauftrag auszurichten.

✘ Um den Sollbestand der Armee zu erhöhen, sollten Doppelbürger mit Wohnsitz in der Schweiz zum Militärdienst in der Schweiz verpflichtet werden, ebenso sollten Zivildienst und Zivilschutz zusammengelegt werden. Zudem solle die Wehrpflicht im Sinne der Wehrgerechtigkeit konsequent durchgesetzt werden, mit einem Höchstalter von 35 Jahren für die Absolvierung der Rekrutenschule. Ob Militär- oder Zivildienst geleistet werde, soll anlässlich der Rekrutierung endgültig entschieden werden. Die Gewissensprüfung (oder eine vergleichbare Klärung) sei wieder einzuführen. Eine bedeutende Minderheit verlangt zudem, dass alle Schweizerinnen und Schweizer wehrpflichtig sein und Militärdienst leisten sollen und dass der Orientierungstag für Frauen für obligatorisch erklärt werden soll.



✘ Auch der Bevölkerungsschutz sei zu stärken und auf die Sicherheitslage auszurichten. Der Zivilschutz solle sich auf seine Aufgabe im Kriegsfall vorbereiten; Beitritt zum European Union Civil Protection Mechanism EUCPM, um die internationale Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz, gerade auch jene mit Nachbarländern, zu verbessern.

Keine gemeinsame Einschätzung

Offensichtlich ist die Studienkommission nicht zu einer gemeinsamen Einschätzung und entsprechenden Empfehlungen gekommen. Der gemeinsame Nenner beschränkt sich im Wesentlichen auf die kollektive Sicherheit. Für die konkreten Empfehlungen hat sie deshalb eine Aufteilung von «einstimmig» (20), «mit überwiegender Mehrheit» (18-19) bis zu «einzelne Stimmen» (1-2) und «niemand» (0) vorgenommen, wobei Letzteres im Bericht nicht vorkommt. Offenbar gab es keine Anliegen, für die es der Kommission wichtig war hervorzuheben, dass niemand von ihr dieses teilt – etwa die Abschaffung der Armee. Nicht so klar ist, ob sich die Kommission nicht auf gemeinsame Einschätzungen einigen konnte, oder ob es ihr ein vorrangiges Anliegen war, die Meinungsvielfalt hervorzuheben.

Die Kommission bilanziert die Entwicklungen

– zwischen Russland und der Ukraine: «Mit seinem nuklearen Imperialismus strebt Russland die Wiederherstellung einer Einflussphäre in Europa an.»

– im Westbalkan: «Die Region des ehemaligen Jugoslawien bleibt auch zwanzig Jahre nach Kriegsende ein Unruheherd.»

– in Nahost: «Ein langer Krieg und Stellvertreterkonflikte können nicht ausgeschlossen werden.»

– in Afrika: «... nimmt der Einfluss Russlands und Chinas sowie neuerdings auch jener von arabischen Staaten zu, derjenige des Westens hingegen ab.»

– im Bereich China/Pazifik: «China (...) hat die <Wiedervereinigung> mit Taiwan zum offiziellen Ziel erklärt und schliesst den Einsatz militärischer Mittel explizit nicht aus.»

– in Europa: «Sollten sich die Zentrifugalkräfte weiter verstärken, könnte es zu einer neuerlichen Teilung kommen, im schlimmsten Fall sogar zu Stellvertreterkriegen.»

Das Fazit: «Die Schweiz hat also alles Interesse daran, an einem stabilen Europa mitzuwirken und ihren Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten.»

Wer zählt die zivilen Toten?

In diesem Beitrag werfen wir einen genaueren Blick auf die Opferbilanzen der Militäreinsätze der internationalen Koalition gegen den IS und Russlands gegen die syrische Rebellion.

/ Damien Lefauconnier /

Im August 2014 bombardierten die USA wieder einmal den Irak und kurz darauf auch Syrien. Die Luftangriffe richteten sich damals gegen die Truppen des «Kalifats», das der Islamische Staat (IS) kurz zuvor in beiden Ländern ausgerufen hatte. Wenige Monate später schmiedete Washington eine internationale Anti-IS-Koalition aus 59 Staaten. Etwa ein Jahr später, im September 2015, beschloss Russland, das Regime von Baschar al-Assad militärisch zu unterstützen. Assads Macht war durch einen breiten Volksaufstand ins Wanken geraten, der von Damaskus als «terroristisch» eingestuft wurde und schon bald unter die Kontrolle dschihadistischer Gruppierungen geriet. Im Zuge dieser beiden Militärinterventionen, die bis heute andauern, wurden der Irak und Syrien zum Ziel von rund 75'000 «Luftschlägen».

Katastrophale Folgen

Bei allen Unterschieden, was Intention und Kontext betrifft, hatten die Militäroperationen der Anti-IS-Koalition und die der syrisch-russischen Allianz eines gemeinsam: Beide hatten katastrophale Folgen für die Bevölkerung. Durch die Bombardements dieser beiden Militärinterventionen sind 20'000 bis 55'000 syrische und irakische ZivilistInnen ums Leben gekommen. Bei diesen Zahlen handelt es sich allerdings um inoffizielle Schätzungen. In vielschichtigen Konflikten unter Beteiligung ausländischer Streitkräfte ist es besonders schwierig, die Zahl der zivilen Opfer zu ermitteln. Man ist dabei auf die Aussagen der militärisch beteiligten Akteure und auf die Informationen von NGOs angewiesen.

Die von Washington angeführte Koalition unterrichtet die Öffentlichkeit regelmässig über ihre Luftoperationen, aber die Berichte über zivile Todesopfer werden mitunter erst lange nach dem jeweiligen Vorfall auf den neuesten Stand

gebracht. Im Juli 2021 zum Beispiel gab die Koalition an, sie habe seit August 2014 im Irak und in Syrien 34'984 «Luftschläge» durchgeführt – das Wort «Bombardierung» wurde systematisch durch den Begriff «Luftschlag» ersetzt. «Nach den verfügbaren Informationen» schätzte die Combined Joint Task Force (CJTF), «dass mindestens 1417 ZivilistInnen versehentlich durch Luftschläge der Koalition getötet wurden».

Zweifel an den Zahlen

Die Rechtfertigung in diesen Dokumenten erfolgt immer in dem gleichen Wortlaut: «Wir arbeiten bei allen unseren Luftschlägen mit hochpräziser Zielerfassungstechnik, um die strikte Einhaltung des Kriegsvölkerrechts zu gewährleisten, und versuchen Kollateralschäden zu vermeiden. Jeder versehentliche Verlust an Menschenleben ist tragisch. Deshalb werden wir weiterhin alles dafür tun, damit bei der Jagd auf unseren skrupellosen Feind keine ZivilistInnen gefährdet werden.» Im Jahr 2021 erklärte die Koalition zudem, über einhundert «Berichte» würden noch geprüft. Dabei geht es um Vorfälle, die von externen Quellen – hauptsächlich NGOs –, lokalen Medien oder in den sozialen Netzwerken (Twitter, Facebook) gemeldet werden oder mit denen sich die Koalition auf eigene Initiative noch einmal befasst.

Im März 2022 gab die Koalition die Zahl der zivilen Todesopfer mit 1437 an. Diese Zahl der durch die Allianz getöteten ZivilistInnen wird auf breiter Front bezweifelt. Die *New York Times* nahm 1300 Pentagon-Berichte unter die Lupe und zog am 20. Dezember 2021 folgendes Fazit: «Der US-Luftkrieg war geprägt von mangelhafter Aufklärung, übereiltem und ungenauem Raketenbeschuss und dem Tod tausender ZivilistInnen, darunter viele Kinder.» Wir haben bei unserer Überprüfung der betreffenden Abschlussberichte ebenfalls festgestellt, dass im Nachhinein in vielen Fällen sehr spät zugegeben wurde, wenn Dutzende ZivilistInnen zu Tode gekommen sind. Dies lässt vermuten, dass die Zahl 1437 weit entfernt ist von der tatsächlichen Zahl der Opfer.

Neueinschätzung von Airwars

So räumte die Koalition zum Beispiel erst im September 2019 ein, dass am 5. April 2017 bei einem Luftangriff «gegen eine Granatwerferstellung des IS in al-Shafa leider 16 ZivilistInnen unabsichtlich getötet wurden». Zu der Neueinschätzung hatten Informationen der britischen NGO Airwars geführt, die sich auf die Untersuchung von Luftangriffen spezialisiert hat. Im selben Dokument ist zu lesen, dass am 16. Juli 2018 «bei einem Luftangriff der Koalition gegen eine Sprengstofffabrik des IS bedauerlicherweise zwei ZivilistInnen getötet wurden». Im Mai 2019 berichtete die CJTF, dass drei Jahre zuvor, am 9. April 2016, bei einem Drohnenangriff auf eine Kommunikationszentrale in Mossul nicht nur – wie ursprünglich behauptet – ein Zivilist, sondern «fünf ZivilistInnen unabsichtlich und aufgrund ihrer räumlichen Nähe zum Einschlagsort» getötet wurden.

Die Koalition versichert, dass sie viel Wert auf Transparenz lege und bereitwillig «mit jedem zusammenarbeitet, der Angaben machen kann oder neue, glaubwürdige Informationen liefert». Dennoch nennen mehrere NGOs erheblich höhere zivile Opferzahlen. Das von syrischen Regimegegnern gegründete und bei der UNO akkreditierte Syrische Netzwerk für Menschenrechte (SNHR) beziffert die Zahl der durch die Koalition in Syrien getöteten ZivilistInnen auf mindestens 3048 (Stand: 14. Februar 2022). Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (Sohr) in London meldet, dass nach ihren Quellen in sechs Jahren 3847 ZivilistInnen bei Luftangriffen getötet wurden, darunter mehr als 1000 Kinder.

20-mal mehr Opfer als angegeben

Airwars kommt noch zu viel bedrückenderen Zahlen. Die NGO teilt die Vorfälle nach Glaubwürdigkeitsstufen ein: Als zuverlässig wertet sie Berichte, wenn diese von «zwei glaubwürdigen Quellen» bestätigt wurden. Nach Einschätzung von Airwars wurden durch die Bombenangriffe der Koalition im Irak und in Syrien zwischen 8200 und 13'272 ZivilistInnen getötet (Stand: 19. Juni 2024); die Zahl der getöteten Kinder liegt laut Airwars zwischen 1725 und 2367.

Bei 3754 Opfern konnte Airwars nach eigener Aussage die Identität ermitteln. Auf ihrer Internetseite veröffentlicht die Organisation die Namen der Opfer und erzählt deren Geschichte, gestützt auf Augenzeugenberichte und andere Quellen. Wenn man auch Vorfälle berücksichtigt, die nicht durch Beweise oder Zeugenaussagen bestätigt wurden, zählt die NGO sogar 19'187 bis 29'786 Opfer. Das ist, wenn man den oberen Wert heranzieht, das 20-fache dessen, was die internationale Allianz offiziell einräumt.

Das Bombardement von al-Badu

Einer der Vorfälle, der von Airwars dokumentiert und gemeldet wurde, den die Koalition aber im Mai 2019 als «nicht glaubhaft» einstufte, firmiert bei Airwars unter der Bezeichnung «Fall 1396». Er ereignete sich am 20. August 2017, sechs Wochen nach Beginn der Offensive, mit der die Stadt Rakka vom IS befreit werden sollte. Die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF, ein mit der Koalition kooperierendes arabisch-kurdisches Bündnis), die am Boden gegen die Dschihadisten kämpften, wurden von der Allianz aus der Luft unterstützt.

An jenem 20. August tauchten ab 10 Uhr morgens auf Facebook und Twitter mehrfach Meldungen über ein Bombardement im Stadtteil al-Badu auf. Vor allem SyrerInnen, die sich als Aktivistinnen oder Journalistinnen zu erkennen gaben, berichteten dort von 40 bis 50 Toten. Um 17 Uhr veröffentlichte die lokale News-

Website *Euphrate Post* Fotos von einem bis auf die Grundmauern zerstörten Gebäudekomplex. Eine Stunde später zog die Beobachtungsstelle Sohr eine vorläufige Bilanz: 23 Tote. Auf Youtube erschien ein nicht überprüfbares Video. Es zeigt mehrere auf dem Boden liegende Kinderleichen und Ruinen von Wohnhäusern, die offenbar von einer gewaltigen Explosion zerstört wurden. Alle genannten Quellen machten die internationale Koalition dafür verantwortlich.

«Wahrscheinlich nicht umgekommen»

Obwohl zwei Satellitenfotos von Google – eines vom Vortag des Angriffs und eines vom Tag danach – beweisen, dass die Gebäude zerstört wurden, hat die Koalition diesen Vorfall nie zugegeben. In ihrem Bericht vom Mai 2019 über die zivilen Opfer ihrer Einsätze teilt sie zur Bombardierung von al-Badu lediglich mit: «Nach Überprüfung aller verfügbaren Aufzeichnungen über die Luftangriffe wurde es als «eher wahrscheinlich» befunden, dass die ZivilistInnen nicht bei einem Luftangriff der Koalition ums Leben kamen.»

Nach offiziellen Angaben flog die internationale Koalition am Morgen des 20. August keinen Luftangriff in der Nähe des Stadtteils al-Badu. «Dass die Koalition Berichte über einen Vorfall als «nicht glaubhaft» zurückweist, sollte nicht als Beweis gewertet werden», erklärt Airwars-Chef Chris Woods. Er erinnert an den Vorfall vom März 2019 im syrischen Baghuz, der

traurige Berühmtheit erlangte und den die New York Times als mutmassliches Kriegsverbrechen der USA dokumentierte. Zweimal wurde dieser Fall öffentlich als nicht glaubhaft zurückgewiesen, obwohl die amerikanischen Gutachter insgeheim ermittelt hatten, dass bis zu 70, mindestens aber 4 ZivilistInnen bei dem Angriff ums Leben kamen.»

Woods ist überzeugt, dass die Koalition für den Angriff verantwortlich ist, weil nur sie in dem betreffenden Zeitraum in Rakka operiert hat. Er verweist auf eine umfangreiche Untersuchung, die Airwars gemeinsam mit Amnesty International über die Bombardierungen in Rakka angestellt hat: «Die Feuerkraft des IS war in Rakka erheblich eingeschränkt, und den SDF war der Einsatz schwerer Waffen verwehrt worden. Die zugänglichen Beweismittel deuten stark darauf hin, dass diese Todesfälle durch einen Luft- oder Artillerieangriff der Koalition verursacht worden sind, die die grössten Zerstörungen in Rakka zu verantworten hat.»

Die Auslöschung der Familie Badran

Nach Schätzungen von Amnesty International und Airwars kamen in Rakka etwa 1600 ZivilistInnen bei US-amerikanischen, britischen und französischen Luftangriffen und durch Artilleriebeschuss ums Leben, und zwar allein bei der Offensive der internationalen Koalition zwischen Juni und Oktober 2017. Amnesty International hat zahlreiche Vorfälle dokumentiert, bei denen dutzende Familien ausgelöscht wurden, weil sie zwischen den Bombardements der Koalition und dem Beschuss durch die IS-Kämpfer in der Falle sassen.

Laut einem Amnesty-Bericht wurden im Sommer 2017 innerhalb eines Monats durch vier Operationen der Koalition 39 Mitglieder einer einzigen Familie und 10 ihrer Nachbarn getötet. Als am 18. Juli 2017 «die Familie Badran in einen anderen Stadtteil flüchtete, um sich vor den Kämpfen in Sicherheit zu bringen, wurden 9 Männer der Familie bei zwei Luftschlägen der Koalition getötet. Sie hatten es eben noch geschafft, die Frauen und Kinder an einen anderen Ort zu bringen, und wollten gerade dorthin nachkommen.»

Einen Monat später versuchten die überlebenden Familienmitglieder zu fliehen, wurden aber von IS-Kämpfern unter Beschuss genommen. Dabei kam auch



Edition No. 36 Le Monde diplomatique: **Im Kriegszustand. Die Welt rüstet auf.** 112 Seiten, broschiert, Oktober 2024, 11 Euro. Erhältlich im LMD-Shop: <https://monde-diplomatique.de/edition-lmd>.

Im Kriegszustand: Die Welt rüstet auf.

Wer zählt die zivilen Toten? Dieser Beitrag von Damien Lefauconnier stammt aus der *Le Monde diplomatique*-Edition 36, mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Es herrscht Krieg – in der Ukraine, im Sudan, in Gaza. Während die Medien täglich neue Nachrichten von Tod, Vertreibung und Zerstörung liefern, wirkt der internationale Waffenmarkt wie elektrisiert. Im letzten Jahr lagen die weltweiten Rüstungsausgaben so hoch wie nie zuvor. Doch nicht nur Staaten rüsten auf. Auch Geschichte und Sprache werden als Waffen instrumentalisiert.

Mit Beiträgen u.a. von Katharina Döbler, Anne Feigenbaum, Tom Stevenson und Alex de Waal sowie 13 Seiten Infografik von Adolf Buitenhuis. Erhältlich im Le Monde diplomatique-Shop.

Fortsetzung Seite 14

der Arzt ums Leben, der sich um die verletzten Familienangehörigen gekümmert hatte. «Notgedrungen musste die Familie dorthin zurück, wo sie hergekommen war, sie hatten keine andere Wahl», heisst es in dem Amnesty-Bericht. «Am 20. August 2017 bombardierten die Koalitionskräfte gleichzeitig die beiden Häuser, in denen die Familie wohnte. Bei diesen Luftschlägen wurden 30 Mitglieder der Familie Badran getötet, die meisten davon Frauen und Kinder.»

Schlacht um Mossul: Mehr Todesopfer unter ZivilistInnen als Terroristen

Auch bei der Befreiung der irakischen IS-Hochburg Mossul gab es zahlreiche zivile Opfer. Laut einer Untersuchung von Associated Press sind die irakischen Truppen und die Koalitionskräfte für den Tod von mindestens 9000 ZivilistInnen verantwortlich, die zwischen Oktober 2016 und Juli 2017 beim Kampf um Mossul durch Raketen- und Artilleriebeschuss und Luftangriffe ums Leben kamen. Später räumte die internationale Koalition lediglich den Tod von 326 ZivilistInnen ein. Airwars ist überzeugt, dass die Schlacht um Mossul «mehr Todesopfer unter der Zivilbevölkerung als unter den Terroristen gefordert hat».

Nach den USA und Grossbritannien belegt Frankreich den dritten Platz in der Reihe der Länder mit den meisten Luftschlägen, zählt man die Artillerieangriffe hinzu, erreicht Frankreich sogar Rang zwei mit 1500 Operationen während der intensivsten Phase der Kampfhandlungen zwischen August 2014 und Juni 2017. «Die Franzosen wollen sich ebenso wie die Belgier, Dänen und Briten nicht zu zivilen Opfern bekennen», erklärt Woods. «Französische Offiziere geben zu, dass sie den Tod von ZivilistInnen verursacht haben, sagen aber nicht, wann und wo. Denn die Koalition ist so organisiert, dass nur diejenigen, die Luftangriffe durchgeführt haben, Entschädigungszahlungen (an die Angehörigen der Opfer) leisten können.»

Dies setzt allerdings voraus, dass die Überlebenden sich überhaupt Gehör verschaffen können, denn in Wahrheit weigert sich die Allianz, mit ihnen selbst oder Angehörigen in Verbindung zu treten. Wie die Allianz auf Nachfrage bestätigte, fordert sie die Opfer auf, «Ansprüche bei ihren jeweiligen Regierungen geltend zu machen». Im Klartext heisst das: Den Hinterbliebenen irakischer oder

syrischer ZivilistInnen, die bei Bombenangriffen der internationalen Koalition getötet wurden, wird nahegelegt, sich mit ihren Entschädigungsanträgen an Bagdad oder Damaskus zu wenden.

Russlands Bombardemente in Syrien

Anders als die internationale Koalition übernimmt Russland für kein einziges ziviles Opfer in Syrien offiziell die Verantwortung. Dabei wurden laut SNHR zwischen September 2015 und Juni 2021 bei russischen Luftangriffen 6867 ZivilistInnen getötet. Die Sohr kommt in ihrer Bestandsaufnahme vom 30. Juli 2021 auf eine noch höhere Summe: «In 70 Monaten wurden bei Militäroperationen russischer Soldaten auf syrischem Staatsgebiet 20'825 Menschen getötet, darunter 8667 ZivilistInnen und 2099 Kinder».

Airwars kann nach eigener Aussage belegen, dass die russische Armee bis heute bei rund 45'000 Luftschlägen in Syrien zwischen 4326 und 6416 ZivilistInnen getötet hat (Stand: 19. Juni 2024). Darüber hinaus spricht die Organisation von bis zu 24'901 weiteren zivilen Opfern, über die Berichte vorliegen, die bisher nicht bestätigt werden konnten. Da westliche Medien sich in Syrien nicht frei bewegen können, müssen sie auf die Opferzahlen zurückgreifen, die Sohr und SNHR jeden Tag veröffentlichen.

Beiden Organisationen wird von Damaskus und Moskau unterstellt, sie seien parteiisch. Gelegentlich werden auch die Berichte westlicher NGOs wie Amnesty International, Human Rights Watch und Airwars zitiert. Es gibt noch weitere Quellen, aber deren Informationen sind oft schwer zu überprüfen: Facebook- und Twitter-Accounts, lokale Medien oder Blogs syrischer Oppositioneller, die im Internet fortlaufend Fotos und Videos von getöteten ZivilistInnen posten.

Russen bestreiten alles steif und fest

Seit 2011 tobt der Kommunikationskrieg: Die amtliche syrische Presseagentur Sana bilanziert regelmässig die Operationen der zahlreichen Feinde des Regimes, wirft der SDF Raketenangriffe auf ZivilistInnen und den diversen dschihadistischen Gruppen sowie der Freien Syrischen Armee (FSA) Massaker vor. Aber die ZivilistInnen, die durch Artillerieangriffe, von Hubschaubern abgeworfene Fassbomben und Raketenangriffe mit russischen Suchoj Su-17, MIG-21 oder L-39 Albatros ums Leben kamen, werden mit keinem Wort erwähnt.

Russland hat stets steif und fest behauptet, es habe zu keinem Zeitpunkt in Syrien zivile Ziele getroffen. Im Juni 2019 wiesen die Vereinten Nationen allerdings darauf hin, dass in Idlib innerhalb von zwei Monaten mindestens 37 Schulen und 27 Gesundheitseinrichtungen durch syrische und russische Luftangriffe beschädigt oder zerstört worden seien. Im gleichen Jahr gab ein syrischer Journalist aus Idlib zu Protokoll: «Die Russen bombardieren systematisch stark frequentierte Orte. Sie setzen Waffen aller Art ein wie Phosphor- und Splitterbomben, und sie erproben neue Waffen. Das Assad-Regime praktiziert eine Politik der verbrannten Erde.»

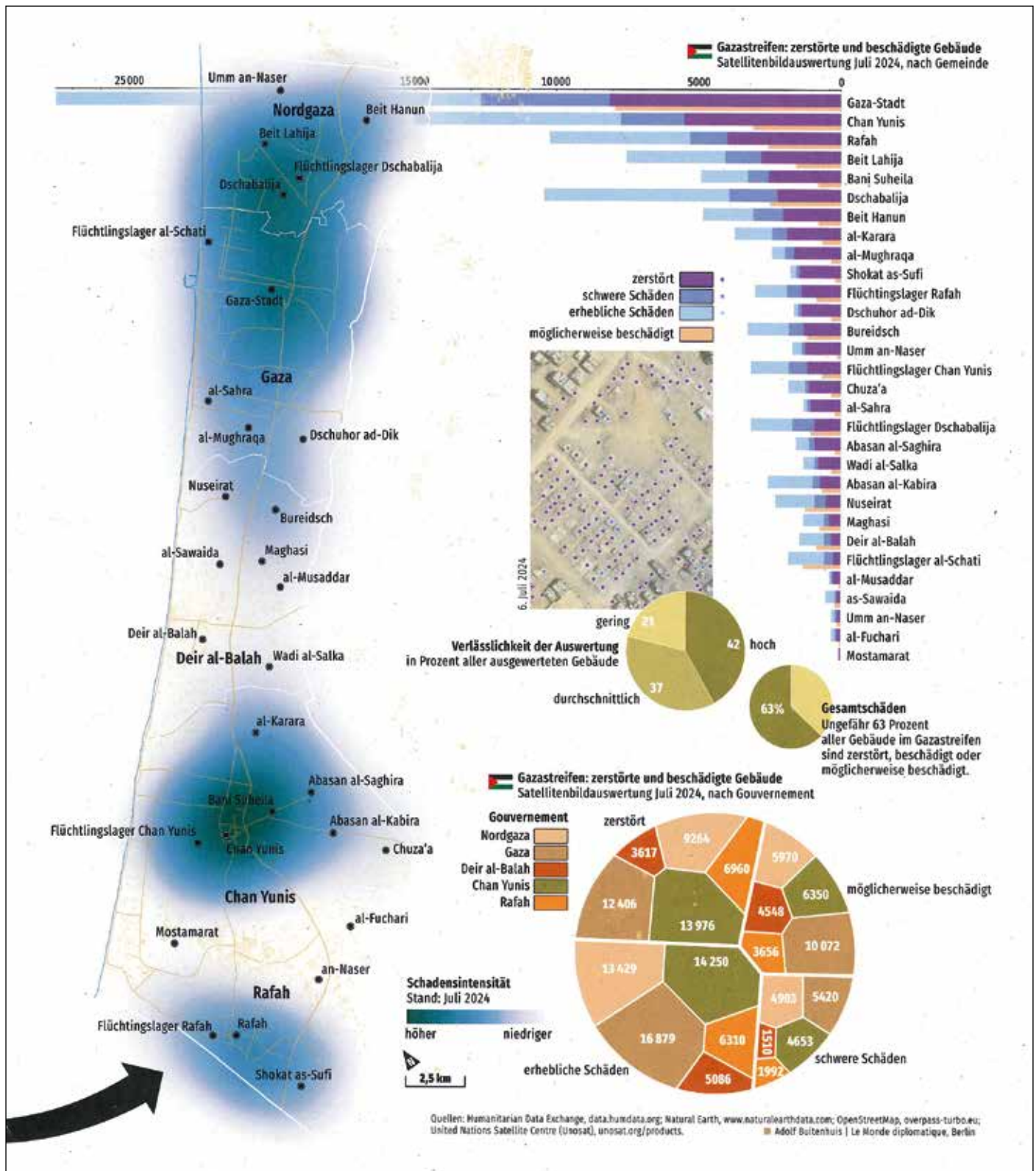
«Wir können die Namen nennen»

Auch der unabhängige Militärexperte Anton Lawrow bezweifelt die Behauptung Moskaus, es habe im Zusammenhang mit der russischen Intervention keine zivilen Opfer gegeben: «Das ist natürlich hochgradig unwahrscheinlich: Der Hauptunterschied zwischen Russland und den Nato-Ländern besteht darin, dass Russland überwiegend ungelenkte Waffen einsetzt, die erheblich grössere Kollateralschäden verursachen als «intelligente» Waffen.» Allerdings habe man festgestellt, dass die russische Luftwaffe ihre Taktik schrittweise ändere, um die Präzision seiner Luftschläge zu erhöhen und die zivilen Schäden zu verringern.

Die russische Seite wirft den syrischen NGOs, die sich um die Dokumentation der zivilen Opfer bemühen, regelmässig vor, sie seien politische Aktivisten und vom Westen bezahlt. Auf solche Anschuldigungen reagiert SNHR-Präsident Fadel Abdulghany mit Ironie: «Wenn wir etwas veröffentlichen, das den Russen zupasskommt, greifen sie es gerne auf. Werfen wir Russland Kriegsverbrechen vor, tun sie das als vom Westen und von den Islamisten lancierte Propaganda ab.» Die SHR-Zahlen beruhen nicht auf Schätzungen, betont Abdulghany: «Wir folgen seit 2011 einer sehr strikten Methodik. Wir sammeln jeden Tag Informationen und Daten und wir können die Namen der Personen nennen, die von den russischen Streitkräften getötet wurden.»

Liste ziviler Opfer aller Parteien

Auch die Sohr wird von Damaskus und den russischen Behörden kritisiert, weil ihre Daten auf nicht identifizierbaren



Der humanitäre Einsatz von Satellitenbildern

Am 18. September 2024 um 15 Uhr beantragte das deutsche Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe beim Copernicus-Notfalldienst aktuelle Satellitenbilder von Dresden und Umgebung, um sich auf das erwartete Elbe-Hochwasser am nächsten Tag vorzubereiten. Copernicus ist das europäische Erdbeobachtungsprogramm: Seit 2014 liefern ihre Sentinel-Satelliten Daten, die nicht nur Behörden, sondern

grundsätzlich jedem zur Verfügung stehen. Der Notfalldienst bereitet auf Anfrage auch Daten für humanitäre Organisationen auf, so zum Beispiel für das UNO-Amt für humanitäre Hilfe (Ocha) nach einem Erdbeben in Südäthiopien im Juli 2024.

Der UNO-Satellitendienst Unosat benutzt für seine Auswertung der Kriegsschäden im Gazastreifen Aufnahmen eines kommerziellen Anbieters, die das US-Außenministerium zur Verfügung stellt. Die erste Einschätzung

wurde bereits am 13. Oktober 2023 veröffentlicht, eine Woche nach dem Überfall der Hamas auf Israel und drei Tage nach den ersten israelischen Bombardements. 741 beschädigte Gebäude wurden damals gezählt, darunter eine Schule. Weitere Analysen zum Zustand der Strassen – wichtig für Hilfstransporte – und landwirtschaftlichen Flächen folgten. Die Berichte werden regelmässig aktualisiert, am 6. Juli 2024 zählte Unosat Schäden oder mögliche Schäden an über 150'000 Gebäuden.

Die Opferzahlen im Gaza-Krieg

Nach Angaben des UNO-Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Ocha) wurden im Zuge des Krieges der israelischen Armee im Gazastreifen bis Anfang September 2024 mehr als 40'000 Menschen getötet und über 9'000 verletzt. Hinzu kommen etwa 10'000 Vermisste, bei denen vermutet wird, dass sie unter den Trümmern zerstörter Gebäude begraben sind. Weil sich diese Angaben auf Zahlen beziehen, die vom Gesundheitsministerium in Gaza geliefert werden – also einer Behörde, die zumindest teilweise unter der Kontrolle der Hamas steht –, wurden sie wiederholt angezweifelt. Sogar US-Präsident Joe Biden sagte in einer Rede vom 25. Oktober 2023, er habe «kein Vertrauen» in die Zahlen der palästinensischen Gesundheitsbehörde. Später entschuldigte er sich allerdings für diese Aussage.

Schwierige Zählungen

Die vom Ministerium gemeldeten Todeszahlen speisen sich aus drei verschiedenen Quellen: Erstens die von den Krankenhäusern gemeldeten Fälle (etwa 61 Prozent der Gesamtzahl), zweitens Berichte von BewohnerInnen des Gazastreifens über Todesfälle (etwa 11 Prozent der Gesamtzahl). Beide Kategorien enthalten meist spezifische Angaben zur Identität der Getöteten. Die Ende April 2024 vom Gesundheitsministerium

in Gaza veröffentlichte Liste enthielt 24'686 Namen «identifizierter» Getöteter. Die dritte Kategorie umfasst Todesfälle, über die nur «Teilinformationen» bekannt sind (circa 28 Prozent der Gesamtzahl) und die aus «zuverlässigen Medienquellen» übernommen werden.

Im Verlauf des Krieges ist es für die Behörden im Gazastreifen wegen der umfassenden Zerstörungen der medizinischen Infrastruktur zwar immer schwieriger geworden, eine genaue Zählung der Toten durchzuführen. Unter internationalen ExpertInnen herrscht aber Einigkeit darüber, dass die vom Gesundheitsministerium in Gaza gelieferten Daten über die Gesamtzahl der getöteten Personen valide sind.

Ein Investigativbericht des israelischen Portals *Mekomit* berichtete Ende Januar 2024, dass selbst die israelische Armee dessen Zahlen für ihre Einschätzung der Lage vor Ort in täglichen Briefings nutzt. Und im Dezember 2023 veröffentlichte die medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* zwei kritische Berichte über die Erhebung der Todesfälle, die von renommierten WissenschaftlerInnen der Johns Hopkins University und der London School of Hygiene and Tropical Medicine verfasst wurden. Beide kamen zu dem Schluss, dass die Zahlen aus dem Gazastreifen plausibel und glaubwürdig sind.

Zivile Tote mindestens 60 Prozent

Der Grossteil der in Gaza getöteten Menschen sind ZivilistInnen, auch daran gibt es keinen Zweifel. Wie hoch genau ihr Anteil ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Das Gesundheitsministerium in Gaza unterscheidet in seiner Zählung nicht zwischen Kombattanten und ZivilistInnen. Nachdem das Ministerium Ende April 2024 erstmals zwischen identifizierten und noch nicht identifizierten Todesopfern differenziert hatte, übernahm auch das Ocha diese Zählweise. Danach waren unter den 24'686 bis Ende April «identifizierten» Getöteten 4959 Frauen, 7797 Kinder, 1924 ältere Menschen und 10'006 Männer. Allein unter den identifizierten Getöteten waren also mindestens 60 Prozent ZivilistInnen.

Zuvor hatte das Ocha die Schätzungen des Medienbüros der Gaza-Regierung übernommen, das noch Anfang Mai von 14'500 getöteten Frauen und 9500 getöteten Kindern gesprochen hatte. Verschiedene proisraelische Organisationen und Medien verkündeten daraufhin, die UNO hätte ihre Schätzung zu getöteten Frauen und Kindern halbiert. In Wahrheit rechnen sowohl die UNO als auch internationale ExpertInnen damit, dass auch ein Grossteil der noch nicht identifizierten Todesopfer ZivilistInnen sind.

Fortsetzung von Seite 14

Quellen beruhen. «Dass die Quellen anonym bleiben, ist frustrierend», räumt Airwars-Chef Woods ein. «Das liegt daran, dass an den Mitgliedern dieser Organisationen regelmässig Mordversuche verübt werden. Auf syrischem Boden zu arbeiten, ist ausgesprochen gefährlich. Wären sie parteiisch, hätten sie nicht versucht, die zivilen Opfer der Militäroperationen aller Konfliktparteien zu dokumentieren.»

Von den mutmasslich über 600'000 Menschen, die seit Beginn der Aufstände gegen das Assad-Regime am 15. März 2011 auf syrischem Staatsgebiet ums Leben kamen, hat die Sohr folgende Zahlen dokumentiert und jeweils den

Verursachern zugeordnet: 139'877 zivile Opfer gehen auf das Konto des Assad-Regimes und seiner Verbündeten, 2409 starben durch oppositionelle syrische Rebellengruppen, 478 durch kurdische Truppen, 4873 wurden von IS-Terroristen getötet und für 35 Opfer ist die israelische Armee verantwortlich.

Die Schlacht der Zahlen geht weiter

Das SHR erhebt den gleichen Neutralitätsanspruch und ordnete im März 2024 den Konfliktparteien die folgenden Opferzahlen zu: 208'229 ZivilistInnen dem syrischen Regime und seinen Verbündeten einschliesslich iranischer Milizen, 5056 dem IS, 4227 den oppositionellen Rebellengruppen und 1491 den kurdischen Truppen. Dass die Schätzungen

voneinander abweichen, ist dadurch zu erklären, dass zur Bestätigung eines oder mehrerer Todesfälle erst Beweise, Indizien und Augenzeugenberichte gesammelt werden müssen und sich im Laufe der Zeit dadurch jede Bilanz verändert.

Bei Konflikten wie in Syrien, an denen zahlreiche Parteien beteiligt und die von extremer Gewalt geprägt sind, verschwinden immer wieder Beweise für zivile Opfer oder sie werden verschleiert. Solange es kein umfassendes, unparteiisches und wirksames Erfassungssystem gibt, wird die Schlacht der Zahlen zwischen Beobachtern, Propagandisten und Konfliktparteien weitergehen.

No justice, no peace

Die italienische Autorin Francesca Melandri schreibt in *Kalte Füße*, einem 288 Seiten umfassenden Essay, an ihren Vater, der 1941 als Gebirgssoldat zur Unterstützung von Hitlers Eroberungsfeldzug auf Mussolinis Befehl in Russland einfiel, eigentlich vor allem in die Ukraine. Ein fiktives Zwiegespräch über das dröhnende Schweigen der Generation ihres Vaters und die historische Verantwortung der heutigen angesichts des seit 2022 neuen Angriffs auf die Ukraine, diesmal ausgelöst von ihren russischen «Brüdern».

/ Peter Weishaupt /

Ihr Vater ist zwar schon einige Jahre «weitergegangen», wie die Alpini, die italienischen Gebirgstruppen, über ihre gestorbenen Kameraden zu sagen pflegten, doch als Francesca Melandri im Frühling vor bald drei Jahren Nachrichten und Videos aus der überfallenen Ukraine hörte und sah, erinnerte sie sich an ihren geliebten Vater, der als Offizier zuerst die italienische Invasion in Griechenland, dann jene in Russland «begleitet» hatte, die jedoch in Wirklichkeit in der Ukraine war. Darüber hatte Franco Melandri nie mit seinen Töchtern geredet, doch Jahre danach darüber drei Bücher geschrieben, deren Leserinnen an einer Hand abgezählt werden konnten (*Rückkehr mit dem Verrückten*, *An Annas Hand* und *Die sibirischen Frauen folgen der Sonne*). Sie befassten sich mit einem bis heute anhaltenden italienischen Mythos, dem Leiden im «Ritirata di Russia», dem Rückzug aus Russland, der ein Rückzug aus der Ukraine war, als die sowjetische Gegenoffensive im Frühjahr 1943 das grossartige italienische Heer komplett auflöste.

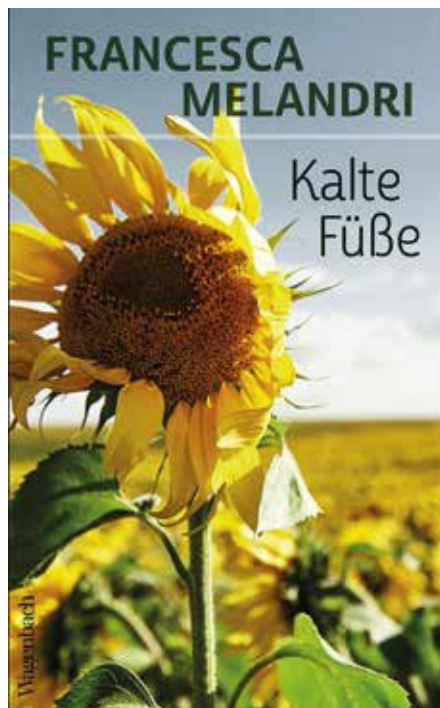
Die Löcher im kollektiven Gedächtnis

«Kalte Füße» bezieht sich auf die armen Italiener, attackiert von den Russen, im Stich gelassen von den Deutschen, in Schnee und Kälte nach Hause marschierend, mit Stiefeln aus Karton, mit Frostbeulen an den Füßen, bis sie nicht mehr konnten und im Schnee sitzend auf den Tod warteten. Melandris Vater, der «anständige Faschist», hatte knapp überlebt,

doch in seinen drei Büchern hat er nicht den geringsten Hinweis darauf gegeben, warum er in der Ukraine war und was er vor dem Rückzug dort auf den Feldern und in den Städten getrieben hat. Francesca Melandri hat den Abschnitten ihres Essays jeweils ein Zitat aus den Büchern ihres Vaters vorangestellt, um ihn nachdrücklich darüber zu befragen.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Neben der Auseinandersetzung mit der Sprachlosigkeit der seinerzeitigen Täter, der erbarmungslosen Geografie der (Nicht-)Erinnerung, des «gleichförmigen Weiss des Vergessens» erkennt Melandri aber ein halbes Jahrhundert später die Namen des damaligen Krieges wieder, den Dnipro und den Don, die Städte Charkiw, Luhansk, Mariupol oder Odessa. Und kommt nicht umhin zu fragen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der kollektiven Amnesie der damaligen Invasion in die Ukraine und den vielen rechten und linken Landsleuten, die mehr als in den meisten europäischen Ländern die Tragödie des heutigen Krieges gegen die Ukraine nicht anerkennen, jegliche Solidarität



Francesca Melandri: *Kalte Füße*. Wagenbach Verlag, Berlin 2024, 288 Seiten, Fr. 33.50.

mit dem Land verweigern und mit Sprüchen auf Kundgebungen wie «Italien lehnt den Krieg ab» durch die Strassen ziehen, einem Zitat aus der italienischen Verfassung, ohne den Nachsatz anzufügen, der als Ziel der internationalen Beziehungen nicht nur den Frieden, sondern auch die «Gerechtigkeit unter den Völkern» fordert.

Da kann Melandri, die akribisch recherchierte historische Erinnerungslücken dezidiert mit aktuellen Bezügen literarisch verarbeitet, wie sie bereits in ihrem ebenso eindrücklichen Roman *Alle ausser mir* den faschistischen Kolonialkrieg in Abessinien mit der Flüchtlingskrise von 2015 verbunden hat, durchaus wütend werden. Etwa wenn Putins Lüge weiterverbreitet werde, «dass der Ruhm des Grossen Vaterländischen Krieges allein den Russen gebühre und dass die Kollaborateure allein die Ukrainer gewesen seien. Sie zeigen mit den Fingern auf jene, die mit uns kollaboriert haben – und dabei müssten wir Italiener auf die Knie sinken und das ukrainische Volk um Vergebung bitten, weil wir in ihr Land einmarschiert sind.»

Eine besonders zynische Pointe

Wenige Tage nach dem Massaker von Butscha hat das italienische Parlament ohne eine einzige Gegenstimme beschlossen, einen nationalen Gedenktag mit folgender Begründung einzuführen: «Die Republik bestimmt den 26. Januar eines jeden Jahres zum Tag des Nationalen Gedenkens an den Opfermut der italienischen Gebirgsjäger, um die Erinnerung an das Heldentum der Armeekorps der Alpini in der Schlacht von Nikolajewka während des Zweiten Weltkriegs zu bewahren und um sowohl die Bedeutung der Verteidigung der nationalen Souveränität und der nationalen Interessen als auch das Ethos der Bürgerbeteiligung, der Solidarität und der Freiwilligentätigkeit zu fördern, den die Alpini verkörpern.» (Die Schlacht von Nikolajewka hatte die italienische Invasion Russlands, die eine in die Ukraine war, beendet.)

Hier könnte man anfügen, dass die Kritik an der fehlenden Empathie für die angegriffene Ukraine auch für weite Teile der bundesdeutschen Stimmen gilt, die «Frieden schaffen ohne Waffen» verlangen und damit nicht etwa den Aggressor, sondern den Angegriffenen meinen. Dies nachdem ihre Nazi-Vorfahren in der Ukraine und Belarus vor 80 Jahren am meisten gewütet hatten.

Mit Vorbehalten, aber vertretbar

Nach mehr als einem Jahr aussernder Diskussionen hat die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates ein Modell zur Umsetzung ihrer von ihrem ständerätlichen Pendant im Frühjahr 2023 angenommenen parlamentarischen Initiative 23.403 («Änderung des Kriegsmaterialgesetzes») in die Vernehmlassung bis zum 21. Oktober gegeben. Dieses Modell sieht vor, dass die – hauptsächlich westlichen – Länder, die Schweizer Kriegsmaterial erworben haben, dieses fünf Jahre nach Unterzeichnung der Nichtwiederausfuhrerklärung in Drittstaaten exportieren dürfen. Der Schweizerische Friedensrat hat sich an dieser aussergewöhnlichen Vernehmlassung – es kommt äusserst selten vor, dass parlamentarische Kommissionen direkt eine solche durchführen – mit folgender Stellungnahme beteiligt.

1. Vorbemerkungen

Seit den ersten Gesuchen von mehreren europäischen Ländern wie Deutschland, Spanien oder Dänemark, die ursprünglich von der Schweiz geliefertes Kriegsmaterial an die Ukraine weiterleiten wollten zur Unterstützung des ukrainischen Verteidigungskampfes gegen die russische Invasion Ende Februar 2022, die vom Bundesrat alle mit rechtlichen Vorbehalten und neutralitätspolitischen Bedenken abgelehnt wurden – die Regierung hält bis heute an diesen Entscheidungen fest –, beschäftigen sich die sicherheitspolitischen Kommissionen des National- und Ständerates mit der Haltung unseres Landes zum angegriffenen europäischen Staat.

Während die wirtschaftlichen Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland vom Bundesrat weitgehend übernommen wurden, kam während des jetzt zweieinhalb Jahre dauernden erbitterten Abwehrkampfes der Ukraine auch nach langen Diskussionen keinerlei Lösung bezüglich eines schweizerischen indirekten Beitrages zur europäischen militärischen Unterstützung der Ukraine zustande. Besonders bedenklich war u.a. die untersagte Weiterlieferung von

einigen Tausend Schuss Munition für deutsche Gepard-Flugzeugabwehrpanzer, die hätten helfen können, die Zivilbevölkerung gegen die anhaltende russische Beschiessung ukrainischer Städte und Energieanlagen durch schwere Raketen und Bomben zu beschützen.

Vorwand Neutralitätsverpflichtung

Der Angriff Russlands auf die Ukraine verstösst gegen sämtliche völkerrechtliche Prinzipien und in schwerwiegender Weise gegen die UNO-Charta, die jeden Angriffskrieg untersagt und dem angegriffenen Land erlaubt, sich erstens gegen die Aggression zu verteidigen und zweitens dazu auch Unterstützung anzufordern. Mit dem Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen im Jahre 2002 hat sie sich zur Einhaltung der UNO-Charta verpflichtet. Unter dem Vorwand neutralitätspolitischer Verpflichtungen zur Gleichbehandlung von Kriegsparteien hat sich der Bundesrat gegen das übergeordnete Völkerrecht und die wichtigste Prämisse der UNO-Charta, das absolute Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, gewendet.

Das von der Schweiz postulierte neutralitätsrechtliche Gebot, keine Kriegspartei militärisch zu begünstigen, hat bei einem so klaren Verstoss gegen das Völkerrecht wie dem Angriff Russlands auf die staatliche Integrität der Ukraine kaum mehr Legitimität und entbehrt einer nachvollziehbaren Begründung. Wir begrüssen deshalb, dass sich jetzt möglicherweise mit der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 23.403 eine baldige Einigung, wenigstens in der Frage der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial in die Ukraine, in den Räten abzeichnen könnte.

2. Beurteilung der Vorlage

Grundsätzlich sind wir mit dem Vorschlag der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SIK-N) zur parlamentarischen Initiative 23.403 einverstanden. Wir hätten allerdings frühere Initiativen und Vorstösse aus dem Parlament zur Wiederausfuhrerklärung bevorzugt, wie sie auch im erläuternden Bericht erwähnt sind, so etwa die Mo-

tion 23.3005 oder die parlamentarische Initiative 23.401 («Lex Ukraine») der SiK-N. Dies aus dem Grund, weil sie sich expliziter auf die Situation der Ukraine bezogen haben im Sinne einer Sonderregelung und weniger als generelle Aufweichung der Wiederausfuhrregelung, wie der erläuternde Bericht zu Letzterer richtig festhält:

«So wäre die Nichtwiederausfuhrerklärung hinfällig geworden, wenn festgestellt worden wäre, dass die Wiederausfuhr des Kriegsmaterials in die Ukraine im Zusammenhang mit dem

Vorgeschlagener Art. 18 des Kriegsmaterialgesetzes, Nichtwiederausfuhrklärungen, Ausnahmen 3 (neu)

Gehört der Empfängerstaat zu den Ländern gemäss Artikel 17 Absatz 3^{bis} (Länder des Anhangs 2 der Kriegsmaterialverordnung) und sind seit der Unterzeichnung der Nichtwiederausfuhrerklärung mindestens fünf Jahre verstrichen, so gilt diese als aufgehoben, wenn sich der Empfängerstaat verpflichtet hat, das Kriegsmaterial nur unter folgenden Bedingungen an einen Drittstaat weiterzugeben:

a. der Drittstaat ist nicht in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt, es sei denn, der Drittstaat macht von seinem völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrecht Gebrauch und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einen Verstoss gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta festgestellt;

oder der Empfängerstaat kommt gestützt auf seine völkerrechtliche Analyse zum Schluss, dass der Tatbestand für das Selbstverteidigungsrecht gemäss Artikel 51 UNO-Charta erfüllt ist;

oder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Massnahmen nach Artikel 42 der UNO-Charta angeordnet, die Luft-, See- oder Landstreitkräfte der Mitgliedstaaten einschliessen,

b. der Drittstaat verletzt die Menschenrechte nicht schwerwiegend und systematisch,

c. im Drittstaat besteht kein hohes Risiko, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird.

russisch-ukrainischen Krieg erfolgt. Diese Änderung wäre dringlich erklärt worden und bis zum 31. Dezember 2025 in Kraft geblieben.» Trotz diesem Vorbehalt einer Ukraine-Sonderregelung unterstützen wir die Nationalrats-Kommissionsmehrheit mit dem neuen Absatz 3 des Artikels 18 des Kriegsmaterialgesetzes (siehe Kasten links):

Die Grundlage für die drei Ausnahmen des Absatzes 3a für eine Weitergabe von Kriegsmaterial eines Empfängerstaates an Drittstaaten basiert nach dem erläuternden Bericht darauf, dass «Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta die UNO-Mitglieder dazu verpflichtet, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein UNO-Mitglied besteht gemäss Artikel 51 der UNO-Charta das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat.»

Uniting-for-Peace-Verfahren denkbar

Unserer Ansicht nach ist zu den in Punkt 3a genannten Bedingungen für die Weitergabe von Kriegsmaterial an Drittstaaten durchaus auch eine solche für ein Uniting-for-Peace-Verfahren denkbar, bei dem eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta feststellen muss. Im erläuternden Bericht wird dazu festgehalten, dass der «Ursprung dieses Verfahrens eine Resolution der Generalversammlung vom 3.11.1950 ist, die anlässlich einer Blockade im UNO-Sicherheitsrat bestätigte, dass die Generalversammlung subsidiär für die Sicherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zuständig sei. Zugleich hat jedoch gemäss geltendem Verständnis die Generalversammlung im Rahmen von Uniting for Peace nicht die Kompetenz, verbindliche Resolutionen zu erlassen. Eine solche Resolution der Generalversammlung kann daher eine verbindliche Resolution des Sicherheitsrates nach Kapitel VII der UNO-Charta nicht ersetzen. Das Uniting-for-Peace-Verfahren hat sich inter-

national nicht als Praxis etabliert und wird nicht konsequent befolgt.»

Versagen des UNO-Sicherheitsrates

Die Bedenken, dass das Uniting-for-Peace-Verfahren nicht aufgenommen wurde, sind zwar in Bezug auf dessen relative Unverbindlichkeit nachvollziehbar, dennoch ist das zweite Kriterium in Punkt 3a – «oder der Empfängerstaat kommt gestützt auf seine völkerrechtliche Analyse zum Schluss, dass der Tatbestand für das Selbstverteidigungsrecht gemäss Artikel 51 UNO-Charta erfüllt ist» – etwas gar einseitig von der Einschätzung des Empfängerstaates abhängig. Allerdings ist das eigentlich wichtigste Kriterium, dass der Sicherheitsrat einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot feststellt, damit die Bedingung für eine Weitergabe von Kriegsmaterial erfüllt sind, aufgrund des totalen Versagens des Sicherheitsrates durch das Veto eines Angreiferstaates im Sicherheitsrat wie im konkreten Fall Russlands gegen die Ukraine unbrauchbar. Wir finden deshalb das Kriterium der Selbstbeurteilung des Empfängerstaates für eine Weitergabe an Drittstaaten im neuen Absatz 3 des Artikels 18 vertretbar.

Rückwirkungsklausel vertretbar

Vertretbar finden wir auch die sogenannte Rückwirkungsklausel des neuen Artikels 46, Absatz 3 des Kriegsmaterialgesetzes: «Wurde die Nichtwiederausfuhrerklärung vor Inkrafttreten von Ar-

tikel 18 Absatz 3 unterzeichnet und ist diese älter als fünf Jahre, kann der Empfängerstaat die Einhaltung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Bedingungen für die Weitergabe von Kriegsmaterial nachträglich erklären. Mit dem Empfang der entsprechenden Erklärung gilt die Nichtwiederausfuhrerklärung als aufgehoben.» Selbstverständlich sind solche Rückwirkungsklauseln rechtsstaatlich nicht unproblematisch und sollten nur in absoluten Ausnahmefällen gestattet werden, doch handelt es sich beim Angriff auf die Ukraine genau um einen solchen.

Im Weiteren empfehlen wir die Berücksichtigung des Minderheitsantrages der Kommission für einen neuen Artikel 32a des Kriegsmaterialgesetzes, da die bisherige Liste der Länder, die von den Artikeln 15, 16a und 20 des Gesetzes ausgenommen werden können, veraltet ist und die Aufnahmekriterien vernünftig sind.

3. Fazit

Wir bevorzugen eine Sonderregelung der Weitergabe von Kriegsmaterial für den Krieg gegen die Ukraine ausdrücklich, hoffen aber, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf der SIK-N endlich eine entscheidungsreife Vorlage zur Umsetzung einer gezielten Unterstützung der Ukraine besteht.

Schweizerischer Friedensrat



Friedenskalender 2025 zum Klima

Bereits zum 29. Mal erscheint 2025 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr mit Bildern zum Klimawandel. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener FotografInnen. Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wurde allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.

Die Bedeutung der Satelliten

Die Eroberung des Weltraums wird heute zunehmend durch Innovationen privater Akteure vorangetrieben. Angesichts der militärischen Aggression Russlands hat die Ukraine gezeigt, wie Nationen mit wenig bis gar keinen Ressourcen im All die kommerzielle Weltrauminfrastruktur militärisch nutzen können. Dass die Unterstützung für die ukrainischen Militäroperationen stark von kommerziellen Akteuren abhängt, deutet eine neue Runde in der Weltraummilitarisierung an – zunehmend dominiert durch den Privatsektor.

/ Sarah Wiedemar /

Die zivile und militärische Nutzung des Weltraums gingen schon immer Hand in Hand. Der Start der sowjetischen Sputnik 1 1957 und der US-amerikanischen Explorer 1 1958 setzte während des Kalten Krieges das Space Race der beiden Supermächte in Gang. Mit Telstar 1, dem ersten zivilen Kommunikationssatelliten, begannen die USA bereits 1962, das All kommerziell zu nutzen. Im selben Jahr verabschiedete der Kongress den Communication Satellite Act, um die Rechte privater Unternehmen an kommerziellen Satelliten zu stärken.

Die Doppelfunktion der gleichen Raumfahrttechnologien

Die Technologien der Raumfahrtindustrie haben einen inhärenten Dual-Use-Charakter. So können ballistische Raketen als Träger für Nuklearsprengköpfe verwendet werden. Die gleiche Technologie kann jedoch auch zivilen Zwecken dienen, um Satelliten ins All zu schießen. Auch Satelliten in der Erdumlaufbahn können zivile Funktionen erfüllen, etwa für globale Positions- und Navigationsdaten, die Erkennung von Waldbränden und die Anbindung abgelegener Orte ans Internet. Doch zunehmend werden die zugrunde liegenden Technologien – und manchmal sogar die gleichen Satelliten – für militärische Zwecke genutzt.

Dazu zählen zum Beispiel Frühwarnungen vor Raketenangriffen, sofortige Schadensbeurteilungen und die Identifizierung feindlicher Ziele per Satellit-

tenbild. Der Echtzeit-Datenaustausch ermöglicht auch die Synchronisierung der an einer militärischen Operation beteiligten Einheiten in der Kampfzone.

Erster Weltraumkrieg – der Golfkrieg von 1991

Die erste Demonstration, wie Weltraumtechnologien erfolgreich in eine Militäroperation integriert wurden, brachte der Golfkrieg von 1991 – oft auch als erster Weltraumkrieg bezeichnet. Die US-Streitkräfte nutzten für Navigation, Kommunikation, Informationsbeschaffung und Raketensteuerung in hohem Masse zivile und militärische Satelliten. Insbesondere die Abhängigkeit vom US-amerikanischen Global Positioning System (GPS) verdeutlichte die inhärenten Herausforderungen dieser Doppelfunktion.

Das US-Verteidigungsministerium hatte das GPS 1973 als experimentelles Satellitennavigationsprogramm vorgesehen, das am Ende auch Zivilisten offenstehen sollte. Ursprünglich als militärisches Unterstützungssystem konzipiert, wurde die GPS-Genauigkeit für die zivile Nutzung durch selektive Verfügbarkeit absichtlich reduziert. Dies erwies sich während der Operation Desert Storm als problematisch, da die US-Armee mehr GPS-Signalempfänger benötigte, als das Militär bereitstellen konnte. Sie kaufte und nutzte handelsübliche GPS-Empfänger, die nicht für den Einsatz im Kampfgebiet konzipiert und daher weniger genau waren.

Militärischer GPS-Einsatz gab Schub für den kommerziellen GPS-Markt

Da die selektive Verfügbarkeit auf den kommerziellen GPS-Geräten für das US-Militär im Golfkrieg hinderlich war, wurde sie in dieser Zeit deaktiviert. Der erfolgreiche Einsatz von GPS im Konflikt am Persischen Golf gab dem kommerziellen GPS-Markt in den folgenden Jahren einen grossen Schub. Allerdings wurde dabei auch der militärische Charakter des GPS-Dienstes offengelegt, mit potenziellen Folgen für die Nutzer und Nutzerinnen, die sich weltweit darauf verliessen. 1991 deutete die Europäische Kommission an, sie plane die

Entwicklung eines EU-Satellitennavigationssystems, um Europa unabhängiger von GPS zu machen.

Zwanzig Jahre später lancierten die EU und die Europäische Weltraumorganisation ESA gemeinsam Galileo, das einen globalen Ortungsdienst unter ziviler Kontrolle bereitstellt. In den frühen Nullerjahren erhielt die zivile Raumfahrtindustrie eine neue Dynamik. Die Deregulierung und der Zufluss von Risikokapital gaben den Wachstumsanstoss für private kommerzielle Raumfahrtunternehmen. Der Marktdruck zwang Unternehmen, bei Technik, Beschaffung und Entwicklung massiv in Innovationen zu investieren, um die Verbraucherkosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Rapide Weltraum-Militarisierung durch kommerzielles Satellitenwachstum

So wurden die Kosten für den Zugang zum Weltraum durch günstigere Startsysteme, wiederverwendbare Raketen und standardisierte Nanosatelliten (Cube-Sats) erheblich gesenkt. Dies führte zu mehr Diversifizierung im Raumfahrtsektor, da neue Unternehmen in eine Domäne drängten, die zuvor den Akteuren der Verteidigungsindustrie vorbehalten waren. Das Wachstum des kommerziellen Satellitensektors hat die Militarisierung ziviler Weltraumssysteme im All rapide vorangetrieben – was der aktuelle Krieg in der Ukraine anschaulich zeigt. General John Raymond, Leiter der US Space Force, nannte ihn den ersten Krieg, in dem zivile weltraumtechnische Kapazitäten eine wichtige Rolle spielen.

Von den Satellitenbildern der zahlreichen privaten Anbieter bis hin zu Elon Musks Starlink-Netzwerk für Hochgeschwindigkeits-Internet: Weltraumgestützte Systeme sind für die Ukraine unverzichtbar. Die extensive Nutzung kommerzieller Weltraumtechnik zur Unterstützung der ukrainischen Militäroperationen deutet auf den bleibenden strategischen Wert des Weltraums hin. Es ist auch ein Zeichen, dass private Unternehmen einen grossen Anteil an dieser neuen Militarisierung des Weltraums haben werden.



Ein ukrainischer Soldat trennt die Verbindung zu Starlink während der orthodoxen Weihnachtszeit in Kremlinna, Ukraine, im Januar 2023.

Private Akteure in der Ukraine

Da die Ukraine keine eigenen Satelliten besitzt, ist sie für ihre militärischen Bodenoperationen in hohem Masse von westlichen kommerziellen Raumfahrtunternehmen abhängig. Der aktuelle Konflikt mit Russland ist ein Beispiel dafür, in welch hohem Masse kommerzielle Satellitentechnologien für militärische Operationen genutzt werden. Dass Kiew sich für militärische Zwecke auf ausländische Satellitenanbieter verlässt, hat jedoch auch neue Risiken und Schwachstellen für die kommerziellen Anbieter geschaffen. Wenn vielleicht auch unbeabsichtigt, sind sie militarisiert worden, was die Abgrenzung zwischen der militärischen und der zivilen Anwendung ihrer Technologien verwischt.

Wird ein kommerzieller Satellitenanbieter in dieser Situation von einer kriegführenden Partei ins Visier genommen, kann dies seinen Nutzern oder seinen globalen Tätigkeiten schaden. Solche Kaskadeneffekte ausserhalb einer Konfliktzone könnten zu einer neuen geopolitischen Dynamik oder Eskalation führen. Dies zeigt auch, wie private Organisationen in internationale bewaffnete Konflikte und in die Spannungen zwischen verschiedenen Interessengruppen

gezogen werden können. Der nächste Abschnitt illustriert anhand ausgewählter Weltraumtechnologien, verwandten Systemen und Unternehmen die Nutzung kommerzieller Weltraumressourcen durch die Ukraine. Er zeigt auch die Folgen der Nutzung solcher Technologien im militärischen Kontext auf.

Geografisches Informationssystem GIS Arta für die ukrainische Artillerie

Nach der russischen Invasion im Donbass 2014 entwickelten ukrainische Freiwillige das Geografische Informationssystem für die Artillerie GIS Arta. Diese Softwarelösung funktioniert wie die Uber-App, die Fahrer und Kunden in Echtzeit verbindet. GIS Arta vernetzt Standorte, Sensoren und Artillerieeinheiten und weist die Feuerbefehle den am besten geeigneten Einheiten zu. Es zeigt auch die feindlichen Stellungen auf einer digitalen Karte an und optimiert per Algorithmus Variablen wie Zieltyp, Position und Entfernung. Dieser automatisierte Prozess verkürzt die Zeit zwischen Zielerfassung und Abschuss erheblich und steigert so die operative Effizienz.

GIS Arta wurde bereits in zahlreichen Situationen eingesetzt und ist mit Smart-

phones, Tablets und Laptops kompatibel. Es wird meist auf einem robusten Gerät installiert. Datenübertragungen über kurze Distanzen erfolgen per Funk, über längere Distanzen via Satelliten-Uplink. Vor Februar 2022 funktionierte GIS Arta ausschliesslich über das KA-SAT-Satellitennetz des Betreibers Viasat. Dies, weil kein anderer Anbieter von Satellitenkommunikation bereit oder in der Lage war, eine kostengünstige Abdeckung der Ukraine zu gewährleisten. Das Vertrauen von GIS Arta in Viasat war zu dieser Zeit nicht ungewöhnlich, denn auch das ukrainische Militär, die Polizei und die Geheimdienste kauften Viasat-Modems für das KA-SAT-Netz.

Die Folgen einer russischen Cyber-Angriffe auf das Viasat-Satellitennetz

Am 23. Februar 2022, nur Stunden vor der russischen Invasion, wurde Viasat Opfer einer böswilligen Cyber-Operation mit dem Ziel, die ukrainischen Kommando- und Kontrollsysteme lahmzulegen. Die Operation bestand aus zwei separaten, zeitgleichen Angriffen. Die erste Attacke, eine Wiper-Malware, schaltete zwischen 40'000 und 45'000 KA-SAT-Modems

Fortsetzung Seite 22

aus. Die zweite überflutete das Viasat-Netzwerk mit Anfragen, um das System zu überlasten. Die Angriffe führten zu Kollateralschäden über die Ukraine hinaus und störten den satellitengestützten Breitband-Internetzugang für hunderttausende Kunden und Kundinnen in ganz Europa. Kritische Infrastrukturen in Deutschland waren ebenfalls betroffen.

So fiel die Fernüberwachung und -steuerung von 5800 Windkraftanlagen aus. In welchem Mass die Kommunikationsanlagen des ukrainischen Militärs betroffen waren, bleibt unklar. Die USA, Grossbritannien und die EU machten für diese offensive Cyber-Operation den russischen Militärgesamtdienst GRU verantwortlich. Seit dem Angriff auf Viasat hat das russische Militär seine Bemühungen, die ukrainische Satellitenkommunikation zu stören, laufend verstärkt. Wladimir Jermakow, Direktor der Abteilung für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle des russischen Auswärtigenministeriums, warnte im Oktober 2023 in der TASS, dass die quasi-zivile Weltrauminfrastruktur der USA und ihrer Verbündeten im Ukraine-Konflikt ein legitimes Ziel für Vergeltungsmassnahmen werden könnte.

Elon Musks Starlink tritt auf

Der Viasat-Ausfall in den frühen Stunden der russischen Invasion veranlasste die ukrainischen Behörden, nach Alternativen für die Satellitenkommunikation zu suchen. Am 26. Februar 2022 wandte sich Mychajlo Fedorow, der ukrainische Minister für digitale Transformation, mit der dringenden Bitte um die Bereitstellung von Starlink-Terminals direkt via Twitter an den Gründer und CEO von SpaceX, Elon Musk. Starlink war das erste Satellitennetz, das Breitband-Internet in niedriger Umlaufbahn (Low Earth Orbit, LEO) bereitstellte. Mit 4500 Satelliten ist Starlink auch die derzeit grösste Satellitenkonstellation.

Innerhalb weniger Tage nach Fedorows Tweet lieferte SpaceX Tausende rucksackgrosse Terminals an die Ukraine. Diese Terminals, die einfach einzurichten und zu benutzen sind, versorgen die Zivilbevölkerung mit Hochgeschwindigkeits-Satelliteninternet. Dies war essenziell, um Gebiete mit zerstörter digitaler Infrastruktur wieder ans Netz zu bringen. Abgesehen von der zivilen Nutzung wird Starlink auch vom ukrainischen Militär eingesetzt.

Starlink gibt in Echtzeit Zugriff auf die Nachrichtendienste und ermöglicht den ukrainischen Kommandeuren, mit den Einheiten an der Front zu kommunizieren. Über diese Kanäle werden auch Bilder und GPS-Koordinaten der russischen Stellungen an die Artillerieeinheiten zur Einsatzkoordination weitergegeben. Zudem liefert Starlink hochauflösende Drohnenbilder, die für die Aufklärung und für Angriffe auf feindliche Stellungen eingesetzt werden, wenn die Drohnen mit kleinen Bomben oder Panzerabwehrgranaten bestückt sind.

Starlink erweist sich bis heute als robuste Satellitentechnologie

Starlink hat einen erheblichen Einfluss auf die militärischen Operationen der Ukraine. Das veranlasste Russland, die Störversuche der Satellitenkonstellation und ihrer Dienste auszuweiten. SpaceX hat zwar eingeräumt, dass es zahlreiche Versuche gab, seine Satellitensignale zu stören oder gar die Netzwerke zu hacken. Doch Starlink hat sich robust gezeigt und diese Angriffe abgewehrt, zumindest zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Analyse. Die Nutzung von Starlink durch das ukrainische Militär stellt jedoch eine Herausforderung für das Unternehmen und seine Nutzer ausserhalb der Ukraine dar.

Laut Elon Musks Biografen Walter Isaacson hatte der russische Botschafter in den USA Musk 2022 gewarnt, dass jeder Angriff auf die Krim zu einem Atomkonflikt führen könnte. Im Februar 2023 stellte SpaceX klar, dass die Nutzung von Starlink nie als Waffe gedacht war und das Unternehmen Massnahmen ergriffen habe, die verhindern, dass das ukrainische Militär es zur Drohnensteuerung nutzt. Dadurch kam es beim ukrainischen Militär an der Front und in russisch besetzten Gebieten zu Internetausfällen. Musk betonte, dass SpaceX durch die Aktivierung von Starlink für sensible Operationen explizit in einen grösseren Kriegsakt und eine Konflikteskalation verwickelt würde.

Bedenken gab es auch wegen den Kosten für die Bereitstellung von Starlink-Diensten für die Ukraine, die sich auf schätzungsweise 20 Millionen US-Dollars pro Monat belaufen. SpaceX unterstrich, man sei nicht in der Lage, die kostenlose Nutzung der Dienste durch die Ukraine unbefristet aufrechtzuerhalten, was das US-Verteidigungsministerium zwang, die Finanzierung zu übernehmen.

US-Verteidigungsministerium übernimmt Starlink-Finanzierung

Die Abhängigkeit der Ukraine von einem Unternehmen mit Sitz in den USA während eines internationalen bewaffneten Konflikts ist auch für Washington eine neue Situation. Im Juni 2023 unterzeichnete das US-Verteidigungsministerium einen Vertrag mit SpaceX und übernahm die Kosten für die Starlink-Satellitendienste für die Ukraine. Der Deal umfasste auch den Kauf von 400 bis 500 Starlink-Terminals, die dem Pentagon die Kontrolle über das in der Ukraine eingerichtete Starlink-Signal geben, um in bestimmten Missionen und Regionen Serviceausfälle zu verhindern.

Die ukrainische Regierung versuchte ihrerseits, sich weniger abhängig von Starlink zu machen, und wandte sich an andere Anbieter, etwa Satcube aus Schweden. Starlink behält jedoch vorerst seine Vormachtstellung in der Satelliten-Internettechnologie und ist oft der einzige Dienst, der in Konflikt- oder Katastrophenregionen eine schnelle Konnektivität bieten kann. Während der Proteste gegen die iranische Regierung 2022 erlaubte Starlink den Aktivisten, die Online-Zensurmassnahmen der Regierung zu umgehen. Im Oktober 2023 bot Elon Musk Starlink-Dienste auch humanitären Organisationen im Gazastreifen an.

Die Bedeutung hochauflösender Satellitenbilder

Neben der Satellitenkommunikation profitiert die Ukraine auch von den Satellitenbildern verschiedener führender Unternehmen für die Erdbeobachtung. In den Monaten vor der Invasion 2022 haben die US-Geheimdienste den Erwerb kommerzieller elektrooptischer Bilder über ukrainischem Gebiet mehr als verdoppelt und diese der Ukraine und anderen zur Verfügung gestellt. Dazu gehörten zum Beispiel Satellitenbilder des US-Unternehmens Maxar Technologies, die den Zusammenzug des russischen Militärs entlang der ukrainischen Grenze dokumentierten. Diese Bilder wurden auch in den Medien rege verwendet.

Wie bei Starlink forderte Mychajlo Fedorow über Twitter führende kommerzielle Satellitenunternehmen auf, die Ukraine mit hochauflösenden Satellitenbildern zu versorgen. Insbesondere bat er um Bilder von Satelliten, die über Radar mit synthetischer Apertur (SAR) verfügen. Im Gegensatz zu optischen Technologien sind Observationen mit

SAR bei Tag und Nacht und bei jedem Wetter möglich.

Dem Aufruf Federows folgte unter anderem das kanadische Satellitenunternehmen MDA. Im März 2022 erhielt MDA von der kanadischen Regierung eine Sondergenehmigung, um mit seinem Radarsat-2-Satelliten SAR-Bildmaterial zur Unterstützung Kiews zu sammeln. MDA beteiligte sich auch an internationalen Bemühungen mit anderen Anbietern, die Bilder zusammenzuführen, zu analysieren und der ukrainischen Regierung umfassende, satellitengestützte Geheimdienstberichte zu liefern.

Finnische Unterstützung

Einen weiteren wichtigen Beitrag für die Ukraine liefert das finnische Unternehmen ICEYE, das die grösste SAR-Satellitenkonstellation betreibt. Die gemeinnützige ukrainische Stiftung Serhiy Prytula brachte die Mittel für einen Exklusivvertrag mit ICEYE auf, der dem ukrainischen Militär Zugang zur vollen Kapazität eines SAR-Satelliten des Unternehmens gewährt. Darüber hinaus liefert ICEYE der ukrainischen Regierung regelmässig Radarsatellitenbilder von kritischen Standorten.

Die Ukraine konnte die Nutzung dieses Pools kommerziell verfügbarer Daten von führenden Unternehmen weiter ausbauen. Diese Unternehmen setzten sich dafür ein, die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russische Aggression zu unterstützen. Jedoch hängt diese Unterstützung auch von der Konflikt-dynamik und vom Kontext ab. So können sich die politischen Ansichten der Unternehmen ändern und auch finanzielle Erwägungen ihre Entscheidungen beeinflussen.

Palantirs KI-Software zur schnellen Zielerfassung

Seit der Gründung 2003 ist es Palantir gelungen, eine dominante Marktposition bei algorithmischer Intelligence Software mit Fokus auf der Kriegsführung aufzubauen. Die Führung des US-Unternehmens hat sich wiederholt und offen zu ihrem Engagement für westliche Werte geäussert und verfolgt den Ansatz, liberale Demokratien, US-Verbündete und Partner – einschliesslich der Ukraine – zu verteidigen.

Der CEO von Palantir, Alex Karp, besuchte im Juni 2022, als erster Chef eines grossen westlichen Unternehmens nach der Invasion, Kiew und Präsident

Wolodimir Selenski. Palantir stellte der Ukraine daraufhin seine KI-Software MetaConstellation zur Verfügung, die in die militärischen Operationen integriert wurde. Die Software importiert kommerzielles Satelliten- und sonstiges Bildmaterial verschiedener Anbieter, darunter SAR, Wärmebilder und weitere Satellitenbilder, und erstellt zu spezifischen Zeiten eine umfassende Auswertung relevanter Bodenstandorte.

MetaConstellation erkennt militärische Ziele und prognostiziert zukünftige Bewegungen mithilfe der Edge-AI-Technologie von Palantir. Auf diese Weise ermöglicht die Software eine schnelle Zielerfassung innerhalb von 30 Sekunden, was das Tool in Kampfsituationen äusserst effektiv macht. Wie GIS Arta nutzt auch MetaConstellation die von Starlink bereitgestellte Breitbandverbindung. Palantir ist für den Grossteil der Zielerkennung und -identifizierung in der Ukraine verantwortlich. Der Mangel an Alternativen für diese Funktionen unterstreicht die Abhängigkeit der Ukraine von den Unternehmen.

Weitere Satellitenunternehmen

Derzeit gibt es mehrere ambitionierte Projekte für Mega-Satellitennetzwerke in der LEO-Umlaufbahn, die sowohl vom Privatsektor als auch von staatlichen Initiativen vorangetrieben werden. Neben Starlink planen andere Satelliteninternet-Akteure, darunter OneWeb von Eutelsat und das Projekt Kuiper von Amazon, Zehntausende von Satelliten in Betrieb zu nehmen. Ähnliche Anstrengungen unternimmt die chinesische Regierung, deren geplante Megakonstellation Guo Wang aus bis zu 13'000 Satelliten im LEO-Orbit bestehen könnte.

Die EU beabsichtigt ausserdem, ein eigenständiges europäisches Satellitenkommunikationsnetzwerk aufzubauen (Infrastructure for Resilience, Interconnectivity and Security by Satellite, IRIS2). Ziel dieser Konstellation ist es, eine europäische Lösung für die derzeitige Dominanz der US-Unternehmen auf dem Markt für Satellitenkommunikation zu finden. Als solche dürfte sie die strategische Autonomie Europas im Weltraum für eigene militärische und zivile Nutzer stärken.

Zu beachten ist auch, dass die grosse Anzahl Satelliten im LEO-Orbit erhebliche Herausforderungen für das Satellitenverkehrsmanagement im Weltraum mit sich bringt. Mit zunehmender Über-

lastung des LEO-Orbits steigt die Wahrscheinlichkeit von Unfällen und Satellitenkollisionen. Zudem werden diese gigantischen Konstellationen mit hoher Wahrscheinlichkeit geopolitische Implikationen haben. Anbieter von Satelliteninternet und -bildern könnten bei internationalen bewaffneten Konflikten zum Beispiel entscheiden, welche Kriegsparteien sie unterstützen und welche Art der Unterstützung sie zu leisten gewillt sind. Private Unternehmen wären womöglich in der Lage, aussenpolitische Entscheidungen zu treffen, die sich direkt auf die Kampfhandlungen auswirken, ohne dass betroffene Regierungen ein Mitspracherecht hätten.

Ausblick

Die taiwanesischen Regierung hat aus den Erfahrungen der Ukraine gelernt. So wandte sich Taiwan an den britischen Anbieter Eutelsat OneWeb, den derzeit grössten Konkurrenten von Starlink im Bereich der LEO-Satelliteninternetdienste. Im Juni 2023 erklärte das taiwanesischen Ministerium für digitale Angelegenheiten, dass OneWeb voraussichtlich bis Ende 2023 ganz Taiwan mit Satelliteninternet versorgen wird. Dies ist Teil der jüngsten Bemühungen Taipehs, Alternativen für seine Informationsinfrastrukturen zu finden. Sollte China versuchen, Taiwan von der Aussenwelt abzuschneiden, indem es die Unterseekabel kappt, wäre die Satellitenkommunikation für die Aufrechterhaltung der Konnektivität bei einer Invasion Chinas entscheidend.

In der Zukunft wird sich die Militarisierung des Weltraums weiter intensivieren. Kommerzielle Raumfahrtunternehmen werden auch in internationalen bewaffneten Konflikten eine immer grössere Rolle spielen. Die Entscheidungen, die solche Unternehmen auf Basis ihrer eigenen strategischen Interessen, der Aussenpolitik sowie rechtlicher und ethischer Abwägungen treffen, werden sich auf den Ausgang von Konflikten auf der Erde und auf die künftige friedliche Nutzung des Weltraums auswirken.

Sarah Wiedemar ist Researcher und Teil des Cyberdefence Projects des Risk and Resilience Team des Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.

CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 333 vom Dezember 2023. Die CSS-Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Abdruck mit freundlicher Genehmigung. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

Wie eine Träne im Ozean

Welch ein Leben, Welch ein Werk! Im Wiener Sonderzahl-Verlag ist eine dreibändige Werkausgabe des jüdischen Schriftstellers und Individualpsychologen Manès Sperber erschienen, dessen Trilogie *Wie eine Träne im Ozean* die totalitärsten anderthalb Jahrzehnte des letzten Jahrhunderts literarisch verarbeitet.

/ Peter Weishaupt /

Manès Sperber zählt, neben George Orwell (1984) und Arthur Koestler (*Sonnenfinsternis*) zu den herausragendsten kommunistischen «Renegaten», die sich angesichts des stalinistischen Terrors der 1930er-Jahre in der Sowjetunion von der totalitären Ideologie gründlich verabschiedeten. Zuvor glühende Revolutionäre, die mit der Schrift wie mit der Waffe für ihre Überzeugungen und ihre Partei kämpften, öffneten ihnen erst die Moskauer Schauprozesse ab 1937 die Augen, als Stalin seine bolschewistischen Mitrevolutionäre liquidieren liess (und nebenbei im Grossen Terror 1,5 Mio. «Staatsfeinde» exekutieren und 5 Mio. willkürlich in den Gulag geschickte Menschen verenden liess). Erste verhaltene Zweifel kamen ihnen bei der unglaublich

grausamen Industrialisierungspolitik Stalins Ende der 1920er- bis weit in die 1930er-Jahre, die bis heute ihre Auswirkungen zeitigt: Die Vernichtung der ukrainischen Bauern im Holodomor mit dem damit einhergehenden Import russischer Arbeiter für den Aufbau der Bergwerke und Industrien des Donbas, das Gebiet also, das Putin heute wieder seinem Imperium einzuverleiben gedenkt.

Späte Abkehr vom Totalitarismus

Manès Sperber, von 1927 bis 1937 in der illegalen KPD in Berlin aktiv, irritierte dann die jahrelang vertretene Sozialfaschismustheorie, die die Russen auf die deutschen Sozialdemokraten münzten, indem sie sie als schlimmer als die Nationalsozialisten bezeichneten und damit einen gemeinsamen linken Widerstand gegen Hitler mit sämtlichen Konsequenzen verunmöglichten. Doch eine offene Abkehr löste das bei Sperber noch nicht aus, erst als seine besten Freunde in Moskau vom Geheimdienst NKWD in den Kellern der Lubyanka (bis heute Sitz des Nachfolgers FSB in Putins Diensten) ermordet wurden.

Diese Zeit ist übrigens vom deutschen Historiker Karl Schlögel in seinem grossartigen Buch *Terror und Traum. Moskau 1937* unvergleichlich beschrieben. Bei anderen brauchte es, um endlich zu begreifen, was gerade geschah, den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939, besser bekannt als Hitler-Stalin-Pakt, der es kurz darauf Hitlers Wehrmacht dank gütiger Komplizenschaft der Sowjets erlaubte, Westpolen zu überfallen, währenddem sich die Rote Armee um Ostpolen kümmerte. Manès Sperber schrieb dazu:

«Der Pakt wurde nach Mitternacht unterzeichnet. Es war also schon der 24. August, der Tag des heiligen Bartholomäus. Stalin und Ribbentrop wurden fotografiert, sie lächelten für die Nachwelt, drückten einander herzlich die Hand. Dann brachte der Führer der Weltrevolution und Antifaschisten einen Toast aus: «Ich weiss, wie die deutsche Nation ihren Führer liebt – ich trinke auf sein Wohl! Der russisch-deutsche Pakt rettet den Weltfrieden!» Mit solchen Titeln stellte sich die kommunistische

Presse anderntags den verwirrten Lesern vor. Jawohl, der geniale Stalin hatte Hitler die Hände gebunden, diesmal gab's Frieden, ohne dass man vor den Nazis auch nur um einen Millimeter zurückwich.»

Flucht und Exil in die Schweiz

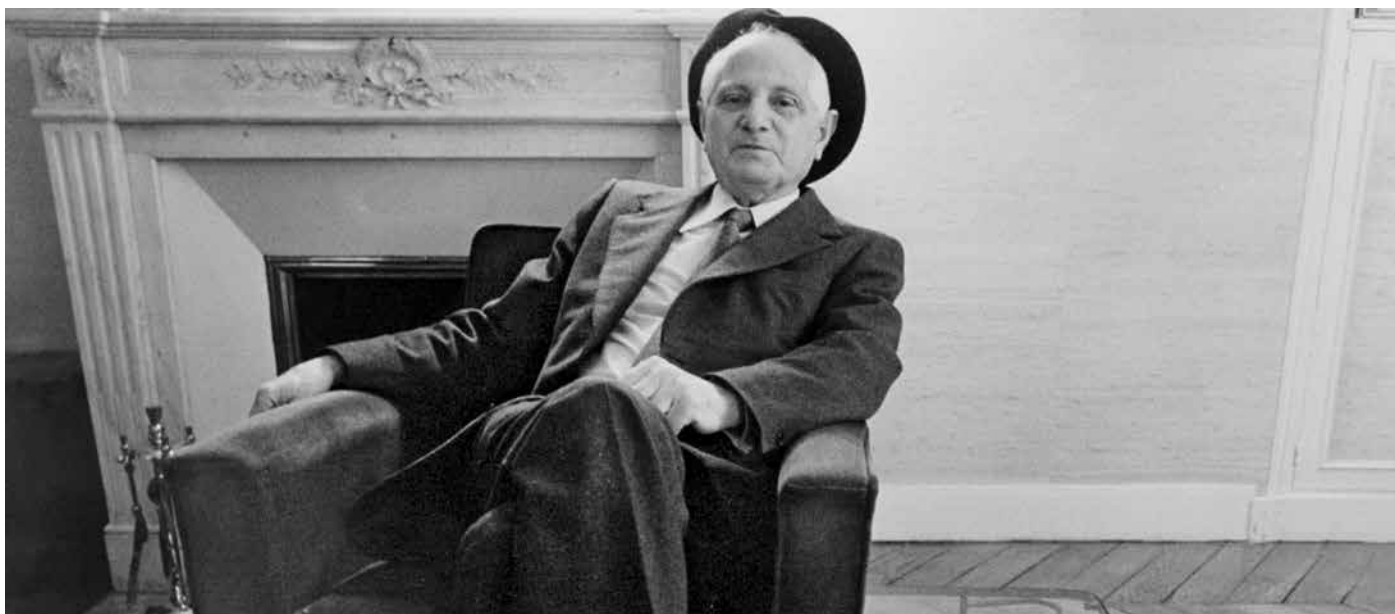
Manès Sperber, der sich trotz seiner inzwischen pazifistischen Überzeugung als Antifaschist zu Beginn des Zweiten Weltkrieges als Freiwilliger für die französische Armee gemeldet hatte und nach deren Niederlage in Südfrankreich an der Côte d'Azur mit seiner künftigen Frau Janka niedergelassen hatte, musste im Sommer 1942 die nicht besetzten französischen Gebiete verlassen, weil nun auch dort die Festnahmen und Deportationen begannen.

Er flüchtete Ende September mithilfe eines Schleppers in der Nähe von Les Crosets in die Schweiz und nach Zürich, kam zuerst ins Flüchtlingslager Girenbad bei Hinwil und fand später Unterkunft beim Zürcher Pfarrer Adolf Maurer und seiner Frau Luise, ebenfalls Janka mit dem wenige Monate alten Säugling Jan, die Anfang Oktober nachgekommen waren. Maurer, der auch ein umfangreiches literarisches Werk hinterlassen hat, war übrigens der Grossvater der früheren Zürcher SP-Stadträtin Esther Maurer. Zwar durfte Manès Sperber, der sein Exil bis zum Kriegsende in der Schweiz verbrachte, damals als Flüchtling weder publizieren noch sich politisch betätigen, doch begann er mit der Niederschrift seiner Trilogie «Wie eine Träne im Ozean» mit den drei Büchern «Der verbrannte Dornbusch», «Tiefer als der Abgrund» und «Die verlorene Bucht».

Autobiografisches und Fiktionales

«Wie eine Träne im Ozean» ist ein faszinierendes Stück Literatur über die Abgründe der totalitären Verblendung und die vernichtende Gewalt jener Zeiten, über die Verlorenheit der Abtrünnigen nach dem Verlust ihrer Ideologien, ohne dass ihre Hoffnung auf einen besseren Zustand der menschlichen Gesellschaft völlig verschwinden konnte. Die Trilogie verbindet autobiografische Elemente Sperbers mit fiktionalen Erzählungen





über seine philosophischen Auseinandersetzungen um die Wahrheit und seine gefährliche Untergrundsarbeit in den Partisanenkämpfen auf dem Balkan.

Beginnend mit dem jüdischen Leben im ostgalizischen, heute westukrainischen Zablotow, einem typischen jüdischen Shtetl, in dem Sperber 1905 geboren wurde und dessen chassidische Welt unwiderruflich verloren ging, und dies nicht nur definitiv im Zweiten Weltkrieg. 1916 musste er vor dem Krieg nach Wien fliehen, wo er Bekanntschaft mit dem Begründer der Individualpsychologie Alfred Adler machte und zu seinem Meisterschüler wurde.

Mit Alfred Adler im Dialog

Im Buch gehören die Dialoge von Dojno Faber, dem Romanheld und literarischen Alter Ego Sperbers, mit Baron von Stetten (Alfred Adler) zu den tiefgründigsten Auseinandersetzungen um die existenziellen Fragen des Lebens in einer von Krieg, Verrat und Zerfall geprägten Welt.

Beispiel: «Siegen, sagen Sie, siegen? Haben Sie meine Beweisführung vergessen, dass, wenn schon in Kriegen der Sieg etwas Fragliches ist, er in Revolutionen überhaupt nicht existiert? Der sogenannte Sieg schafft neue Umstände, die ihn konsumieren. Der Höhepunkt jeder Revolution ist erreicht, ehe sie gesiegt hat – ihr Sieg aber ist bereits der Beginn der Konterrevolution, die sich anfangs unter der revolutionären Flagge vollzieht, selbstverständlich. Nur die Kürze des individuellen Lebens macht aus, dass gewisse Leute als Sieger in die Geschichte eingegangen sind: Sie haben

die Umwandlung ihres Sieges in eine Niederlage nicht mehr erlebt.»

Lass uns endlich Atem schöpfen

Im dritten Teil der Trilogie setzt sich Sperber mit dem Irrsinn der Gewalt im jugoslawischen Partisanenkampf auseinander, nicht nur mit der vernichtenden und folternden der Nazis, auch mit denjenigen des Widerstandes (ohne dessen Notwendigkeit infrage zu stellen). Ein Bauer erklärt es einem Partisanenführer so: «Zuerst sind die Deutschen gekommen, man hat uns erklärt, jetzt ist alles gut, man hat das serbische Joch von uns genommen ... Dann sind neue Gendarmen gekommen, alles kroatische Brüder, hurra! und haben begonnen, gegen die Serben zu wüten ... Und dann kamen die Tschetniki und begannen, gegen die Kroaten zu wüten. Gott sei Dank mussten sie bald weg, weil die Italiener kamen. Und dann sind die echten Befreier gekommen, die Ustaschi. Sie haben die Velacer Serben ausgerottet. Dann ist Tito gekommen. Dann sind die Ustaschi natürlich zurückgekommen und haben Rache genommen. Und jetzt ... stellst du dich mit deinen Partisanen ein. Wenn du aber nicht stark bist und nach einigen Tagen wieder wegrennen müsstest, dann lass uns die Ustaschi, lass uns in Ruh! Es gibt so viele Dörfer und Städte, die auch drankommen wollen. Befreit Banjaluka, Sarajewo, Belgrad, Paris, Berlin – die ganze Welt, aber habt Erbarmen mit uns, lasst uns endlich Atem schöpfen!»

Kein Ideal ist es wert

Sperber erzählt allerdings nicht linear, der Text kreist vor und zurück und zur

Seite, er lässt das Leben und Sterben unzähliger Akteure (und einiger Akteurinnen) sowie verschiedenster Schauplätze multiperspektivisch in einer Abfolge von Schlaglichtern auftreten, gleichsam einer filmischen Technik folgend. Einige seiner ProtagonistInnen sind zwar historischen Vorbildern und Freunden von ihm nachgezeichnet, aber sie gehen nicht eins zu eins auf, es ist kein biographisches, sondern ein explizit literarisches Werk. In einer Flüssigkeit und Dringlichkeit geschrieben, das weitgehend auf bemühten Adjektive verzichten kann.

«Wie eine Träne im Ozean» war jahrzehntelang nicht mehr greifbar, umso verdienstvoller ist jetzt die sorgfältig edierte Werkausgabe. Und, auch wenn es etwas abgedroschen wirken könnte, in vielerlei Hinsicht aktuell geblieben, etwa mit Baron von Stettens Aussage: «Ich habe (die Jugend) erkennen gelehrt, dass ein Gran Wissen mehr ist als eine Tonne Meinung, mehr als eine Welt von Glauben. Und ich habe ihnen gesagt: Kein Ideal ist es wert, dass ihr seinethalben versäumt, auch nur den Duft einer Blume, auch nur eines von den ungezählten Lächeln eines Kindes, auch nur einen Trunk, einen Kuss zu genießen.»

Manès Sperber: Ausgewählte Werke im Sonderzahl-Verlag. Band 2: **Wie eine Träne im Ozean**. Trilogie (Der verbrannte Dornbusch/Tiefer als der Abgrund / Die verlorene Bucht). Herausgegeben, editiert und mit einem Nachwort versehen von Rudolf Isler. Sonderzahl Verlag, Wien 2024, 872 Seiten, Fr. 67.–.

Band 1: **All das Vergangene...** Autobiografisches (Die Wasserträger Gottes/Die vergebliche Warnung/Bis man mir Scherben auf die Augen legt). Band 3: **Zur Analyse der Tyranis**. Texte und Essays.

Karl Schlögel: **Terror und Traum**. Moskau 1937. Taschenbuch, dtv Verlag 2022, 816 Seiten, Fr. 27.90.

Die Brücke von Falmenta

Während eines Monats im Herbst 1944 existierte um die Stadt Domodossola vor dem Simplon die italienische Partisanenrepublik Ossola. Der seinerzeitige Partisanenkommandant Adriano Bianchi berichtet in *Die Brücke von Falmenta* über die dramatischen Kämpfe an der Tessiner und Walliser Grenze, die sich dieses Jahr zum 80. Mal jäherten, unter der faschistischen Republik von Salò wenige Monate vor Kriegsende.

/ Peter Weishaupt /

Am 26. September 1943 verlässt der blutjunge Bauernsohn Adriano seine Familie aus dem piemontesischen Ort Tortona und flüchtet in die Berge hinter Mailand über das Bognanco-Tal in die Schweiz nach Brig. Nachdem er einen Marschbefehl der nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Rom in Norditalien von den deutschen Besatzungstruppen gebildeten Marionettenstaates Republik von Salò (den die Schweiz anerkannt hat) erhalten hat, will er sich der Zwangsrekrutierung entziehen und wird zuerst in Merzligen bei Biel interniert. Nach weiteren Lageraufenthalten darf er Ende Januar 1944 in Genf in einer Auswahl von Flüchtlingen an der Universität studieren.

Die Kämpfe an der Tessiner Grenze

Im Frühjahr wächst im besetzten Norditalien rasch eine Partisanenbewegung, der sich Adriano Bianchi anschliessen will. Er setzt sich im Juni aus der Internierung in der Schweiz ab und überquert über den Monte Limidario ob Brissago im Juni die Grenze nach Italien, wo er sich der Partisanenbrigade Pirotti anschliesst. Bald ist der Raum nördlich von Domodossola in Partisanenhand. Am 2. September befreien die Partisanen Cannobio unweit des schweizerischen Brissago. Wenig später aber wird der Ort von faschistischen Einheiten zurückerobert, die Partisanen ziehen sich in die Mitte des Valle Cannobino bis zur Brücke von Falmenta zurück.

Inzwischen wird Domodossola am 10. September von den Partisanen befreit und diese rufen die Republik Ossola aus. Doch wenige Wochen später stösst

eine Übermacht von deutschen und italienischen Heeresseinheiten mit Panzern und Artillerie gegen das befreite Gebiet vor. Im Valle Cannobino dringen sie am 9. Oktober im Schutz des Nebels vor.

Bianchi und seine Kompanie, denen die Sprengung der Brücke von Falmenta nicht gelingt, ziehen sich ins Valle Vigezzo und weiter ins Kurbad Bagni di Craveggia unweit der Grenze zum Onsernonetal zurück, wo sie am 18. Oktober schwer unter Beschuss der Neofaschisten geraten. Am nächsten Tag wird Adriano Bianchi an beiden Beinen schwer verletzt und nach Spruga gerettet, später ins Militärspital nach Lungern am Brünigpass verlegt. Schon am 14. Oktober waren 3500 Faschisten und SS-Soldaten in Domodossola einmarschiert und hatten die Repubblica Partigiana dell'Ossola nach 44 Tagen beendet.

Keine Partisanen-Heldengeschichte

Bianchi schildert zwar die dramatischen Kämpfe und Niederlagen der Partisanen, doch er schreibt keine Heldengeschichten oder verliert sich in Schlachtgemälden, sondern erzählt über die Hoffnungen und Nöte der jungen Kämpfer,

vom Horror des totalen Krieges, der sie und ihre Lieben innert kurzer Zeit aus lebensfreudigen Halbwüchsigen in zerstörte Kriegsversehrte verwandelt, von ihrem wahnsinnigen Hunger, ihrer ständigen Müdigkeit, ihrer Angst um ihre Angehörigen, ihren Krankheiten und Verletzungen und ihrer zunehmenden Einsamkeit.

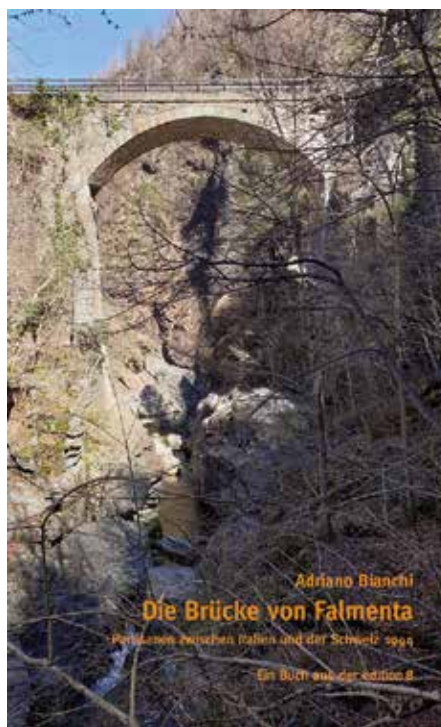
Aber auch, so seltsam es erscheinen mag, immer wieder über die Schönheit der Berge, Landschaften und Lichter der Gegenden, in die es sie auf der Flucht verschlägt, über die freundliche Aufnahme in der Schweiz, die sie aufgenommen und gesund gepflegt hat. Vor allem im ersten Teil beschreibt er auch seine moralische und politische Reifung.

Selbstkritische Fragestellungen

Nicht verschwiegen werden neben den körperlichen und mentalen Verheerungen auch die Auseinandersetzungen um unterschiedliche Ansichten der Partisanen, über politische Gegensätze zwischen Liberalen, Christen und Kommunisten. Der den Christdemokraten nahestehende Bianchi erwähnt den schmalen Grat im Partisanenkampf zwischen «notwendiger» Gewalt und Kriegsverbrechen, das moralische Gebot, nicht auf die gleiche Ebene wie der Gegner zu geraten, bei allem Schrecken menschlich zu bleiben.

Ohne eine Antwort bieten zu können, stellt er auch die Frage, ob der Ossola-Republik nicht ein strategischer Fehler innewohnte, denn «die Besetzung eines Gebiets und das Erschaffen einer physischen Front sollten den regulären Truppen jene grosse Überlegenheit zurückgeben, die sie leichten Verbänden gegenüber haben». Im Gegensatz zu der eigentlichen Stärke der Partisanen, die darin liegt, «dass sie nicht zu erwischen sind» und auf der Fähigkeit aufbaut, «reguläre und an sich numerisch und materiell überlegene Truppen ins Gefecht zu zerren und sie unsicher zu machen.»

Es lohnt auch ein Blick auf die Anmerkungen des Übersetzers Lorenzo Bonosi des im Übrigen im italienischen Original bereits 1998 erschienenen Buches.



Adriano Bianchi: *Die Brücke von Falmenta*. Verlag edition 8, Zürich 2024, 288 Seiten, Fr. 26.–.

Dynamik der Gewalt verhindern

Wenn Jugendliche mit Geschichten konfrontiert werden, können sie in die Rolle der ProtagonistInnen schlüpfen. Sie erleben aus ihrer Perspektive, wie Gewalt entsteht, was ihre Dynamik auslöst und wie Gewalt verhindert werden kann.

/ Stephan Sigg /

Wer liest, taucht in andere Welten ein, kann andere Perspektiven einnehmen und bekommt mit, dass es gerade auch in Konfliktsituationen immer unterschiedliche Verhaltensweisen gibt. Jugendbücher können im Unterricht und in der Jugendarbeit ein niederschwelliger Zugang sein, um mit Jugendlichen über das Thema Gewalt und Umgang mit Konflikten ins Gespräch zu kommen. Anders als in fiktiven Filmen oder Dok-Sendungen, bei denen das Gesehene und Gehörte verarbeitet wird, kurbeln Geschichten das «innere Kino» an und aktivieren die eigene Fantasie. Meistens steht nicht der visuelle Aspekt von Gewalt (brutale Gewaltszenen) im Fokus, sondern die AutorInnen fokussieren auf die Verletzungen und Traumatisierungen oder zeigen, wie schwierig es ist, Worte für das Erlebte zu finden.

Niederschwellig

In den letzten Jahren sind im deutschsprachigen Jugendbuchbereich einige Bücher erschienen, die sich mit den Themen Mobbing und Gewalt beschäftigen. Ein Buch, das mitten in der Welt von Jugendlichen anknüpft, kann einiges in Gang setzen und für Betroffenheit sorgen. Deshalb sind Geschichten ein ideales Medium für anschliessende Diskussionen. Solche Bücher können aber auch gezielt Jugendlichen mitgegeben werden, die das Thema momentan gerade beschäftigt und die mehr darüber herausfinden wollen.

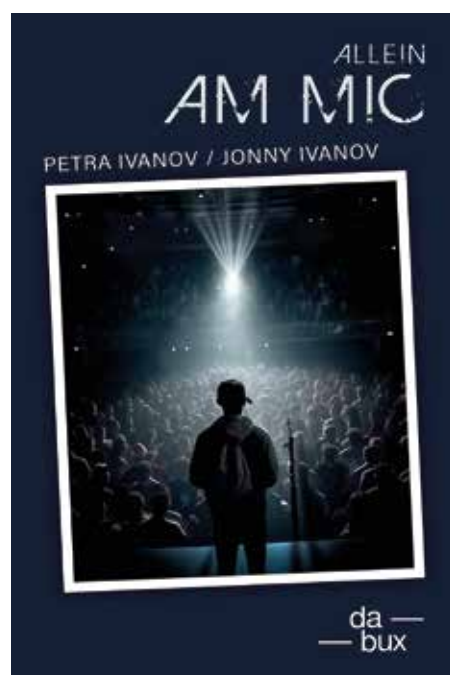
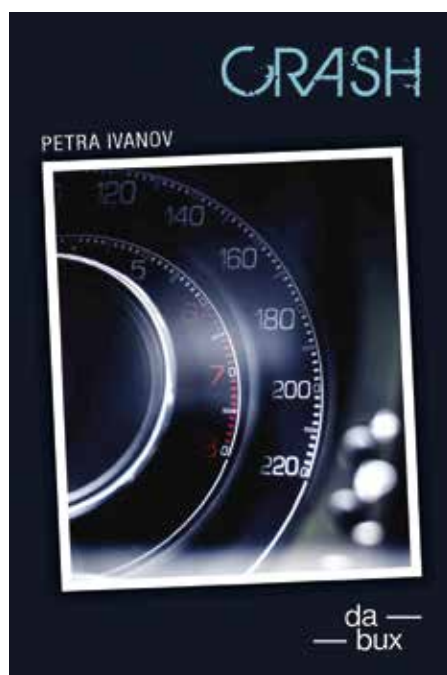
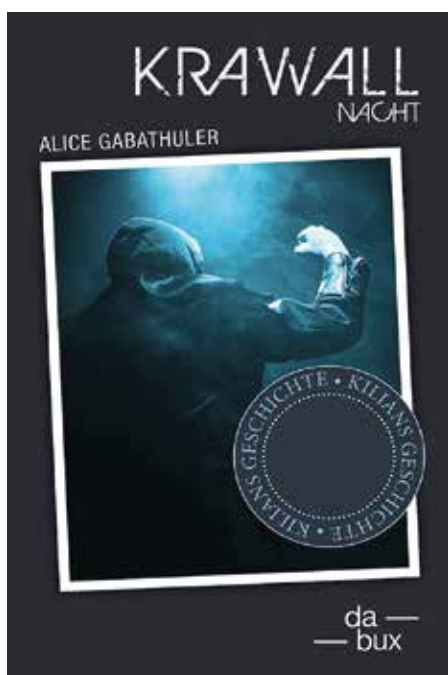
So sind sie für diese vielleicht eine Hilfe, sich allein vertiefter auseinanderzusetzen oder andere Einblicke zu bekommen. Wichtig ist natürlich, dass die Geschichten, was Sprache und Dramaturgie betrifft, möglichst niederschwellig sind, damit sie auch für leseschwache Jugendliche keine Überforderung darstellen. Inzwischen gibt es zum Thema Gewalt einige «Easy Reader» von deutschen Verlagen und auch vom Ostschweizer da bux Verlag. Dessen «Easy Reader» spielen in der Schweiz. Für den da bux Verlag schreiben zum Beispiel Petra Ivanov oder Alice Gabathuler.

Darüber diskutieren

Diskussionen über Bücher bieten eine grosse Chance: Wenn sich jemand nicht persönlich positionieren will, kann er über die ProtagonistInnen sprechen. Wichtig sind Geschichten, die in der Realität gründen, ohne Jugendliche von oben herab belehren zu wollen. Das Erkennen von Mustern ergibt sich beim Lesen über das Erfahren von Aktionen und Reaktionen, über die Gefühle, die ausgelöst werden, bis hin zu Konsequenzen, die von den AutorInnen unkommentiert stehen gelassen werden. Die Schlussfolgerung für die LeserInnen steckt in der Geschichte, sie muss nicht von aussen kommentiert oder aufgedrängt werden.

Ein Beispiel: Wenn zwei Jungs einen Wagen klauen und damit einen Unfall bauen, bei dem jemand sterben könnte, dann muss die Erkenntnis, dass die Tat falsch war, von den Jungs kommen und nicht von einem Polizisten ausgesprochen werden. Die beiden jugendlichen Protagonisten erfahren hautnah, welche Konsequenzen ihr Tun hat. Sie sehen den Schmerz, erleben die Angst, erfahren, was es heisst, um die eigene Zukunft zu bangen. Die jugendlichen LeserInnen

Fortsetzung Seite 28



feiern mit und kommen von selbst zum Fazit, dass diese Tat falsch war. Darum geht es im Buch *Crash* von der Zürcher Krimi-Autorin Petra Ivanov.

Im Jugendbuch *Allein am Mic*, das Petra Ivanov und ihr Sohn Jonny Ivanov geschrieben haben, wird Kushtrim mit Gewalt konfrontiert. Er lernt mithilfe seines besten Freundes und einer guten Freundin, diese Gewalt nicht hinzunehmen, weder das bis zu Schlägen ausartende Mobbing durch einen anderen Jugendlichen noch die Gewalt, die seiner Mutter angetan wird. Viele Jugendliche werden sich in einer oder mehreren Szenen dieses Buches erkennen oder indirekt Menschen aus ihrem Umfeld. Beim Lesen sehen und lernen sie, wie Verhaltensmuster durchbrochen werden können.

Gefühle verstehen

Gleich zwei verschiedene Perspektiven ermöglicht die Ostschweizer Autorin Alice Gabathuler mit ihrem Jugendbuch *Krawallnacht* – dieses gibt es gleich in doppelter Form, einmal aus der Sicht von Alina und einmal aus der Sicht von Kilian. Sie geraten zusammen mit ihrem Freund Linus mitten in schwere Ausschreitungen rund um ein Fussballspiel. Auch hier wird Gewalt in ihren verschiedensten Formen gezeigt: subtile Ausgrenzung, häusliche Gewalt, sogenannte Fangewalt, schwere körperliche Gewalt durch eine ausser Kontrolle geratene Menge.

Und auch hier zeigt die Autorin durch ihre Romanfiguren, was Gewalt auslöst, was sie mit uns macht, wie ohnmächtig wir ihr zum Teil ausgeliefert sind, aber auch, was wir dagegen tun können. Ein Jugendlicher, der das Buch *Krawallnacht* gelesen hat, schrieb der Autorin: «Ich wollte ihnen ein kurzes Feedback zu ihrem Buch *Krawallnacht* geben. Ihre Darstellung der Jugend und der Konflikte, mit denen die Hauptfiguren kämpfen, ist sowohl spannend als auch beeindruckend. Besonders beeindruckt hat mich, wie Sie das Thema Wut und Liebe behandelt haben. Es hat mich manchmal zum Nachdenken gebracht und zeigt, wie wichtig es ist, diese Gefühle zu verstehen, denn genau das könnte mir auch mal passieren.»

Alice Gabathuler: **Krawallnacht**. da bux Verlag, Werdenberg 2019, 60 Seiten, Fr. 9.90.

Petra Ivanov: **Crash**. 60 Seiten, da bux Verlag, Werdenberg 2016, Fr. 9.90.

Petra Ivanov/Johnny Ivanov: **Allein am Mic**. da bux Verlag, Werdenberg 2024, 60 Seiten, Fr. 9.90.



Wirkstätte der Familie Ragaz

Am 6. November 2024 ist am Eingang des Hauses Gartenhofstrasse 7 in Zürich, dem Sitz des Schweizerischen Friedensrates, eine neue Tafel eingeweiht worden, die auf das Wirken von Leonhard und Clara Ragaz und auf die einmalige Geschichte dieses Hauses aufmerksam macht. Das wichtige Stück Erinnerungskultur konnte dank der Familie Ragaz, der Zeitschrift *Neue Wege* und der Genossenschaft Wogeno, der das fotogene und geschichtsträchtige Haus heute gehört, umgesetzt werden. Im Bild (von links) Stadtpräsidentin Corine Mauch, *Neue Wege*-Redaktorin Geneva Moser sowie die beiden Ragaz-Enkel Hans-Jakob und Eva. Auf der Tafel steht folgende Widmung:

«In diesem Haus an der Gartenhofstrasse 7 lebte ab dem Jahr 1922 die Familie Ragaz. Der Theologe Leonhard Ragaz (1868-1945) und die Lehrerin Clara Ragaz-Nadig (1874-1957) verwirklichten hier, gemeinsam mit ihren Kindern Christine und Jakob, eine pazifistische und religiös-soziale Vision. Nach dem Vorbild der angelsächsischen Settlement-Bewegung war dieses Haus ein Ort für Bildung der Arbeiterklasse, Zentrum für Nachbarschafts- und Flüchtlingshilfe, Versammlungsraum der Religiösen Sozialisten, der Friedensbewegung und der Frauenstimm- und

Wahlrechtsbewegung – in Leonhard und Clara Ragaz' Worten «eine Gemeinschaft von Mensch zu Mensch». Ihr Engagement für eine gerechte Gesellschaft, für den Frieden und für eine bedarfsorientierte Wirtschaft begründete das Paar im christlichen Glauben.

Clara Ragaz-Nadig, aufgewachsen in Chur, setzte sich als Co-Präsidentin der internationalen und als Präsidentin der nationalen Frauenfriedensorganisation IFFF/ WILPF für die Rechte von Frauen und für einen dauerhaften Frieden ein. Gemeinsam mit ihrem Mann war sie verantwortlich für die zweite grosse Petition zur Schaffung eines Zivildienstes im Jahr 1903. Sie publizierte, hielt Vorträge und unterrichtete Soziale Arbeit.

Leonhard Ragaz aus Tamins/GR war Stadtpfarrer in Chur, Pfarrer am Basler Münster und Theologieprofessor an der Universität Zürich. 1921 gab er seine Professur auf und widmete sich der Solidarität mit ArbeiterInnen, Armutsbetroffenen und Geflüchteten. Er war Mitbegründer des Religiösen Sozialismus, Verfasser zahlreicher Bücher und Herausgeber der religiös-sozialen Zeitschrift *Neue Wege*.

«Es darf uns keine Stunde reuen, die wir dem Kampf gegen den Krieg gewidmet haben.»

Clara Ragaz im Oktober 1939



Das Tagebuch als Zeitdokument

Dror Mishani ist 1975 in der Nähe von Tel Aviv geboren, wo er auch heute mit seiner Familie lebt. Er ist ein erfolgreicher Schriftsteller, schreibt Kriminalromane, u.a. mit Inspektor Avi Avraham, die in viele Sprachen übersetzt werden. Er habe angefangen, Kriminalromane zu schreiben, um die Wahrheit menschlicher Gewalt zu dokumentieren und den Versuch zu unternehmen, sie zu verstehen, notiert er in seinem Tagebuch *Fenster ohne Aussicht. Tagebuch aus Tel Aviv*, das er nach dem 7. Oktober 2023 begonnen hat. Und fragt: «Aber was habe ich denn gewusst über das Böse und die Gewalt?» Sein Tagebuch schreibt er, um dem Schock, den der Schwarze Schabbat am 7. Oktober 2023 ausgelöst hat, etwas entgegenzusetzen.

Das Dritte Reich und die Juden

Der Historiker Saul Friedländer, geboren 1932 in Prag, floh im März 1939 mit seinen Eltern nach Frankreich, wo die Familie an verschiedenen Orten lebte. Im Herbst 1942 – Saul war in einem katholischen Internat – versuchten die Eltern, über die Schweizer Grenze zu

fliehen, wurden jedoch zurückgewiesen. Wahrscheinlich wurden sie noch im selben Jahr in Auschwitz umgebracht. Nach Kriegsende beschäftigte sich Friedländer intensiv mit seinen jüdischen Wurzeln. Mit fünfzehn ging er mit einem gefälschten Pass (Geburtsjahr 1930) nach Palästina, wo er am Aufbau Israels mitarbeiten wollte.

In den 1950er-Jahren studierte er unter anderem in Paris und Genf, bevor er als Professor nach Israel zurückkehrte. Er lehrte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, an der University of California in Los Angeles und an der Universität Tel Aviv. Saul Friedländer hat sich als Historiker und Publizist intensiv mit dem Holocaust beschäftigt, sein Werk *Das Dritte Reich und die Juden* wurde mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet.

Zweistaatenlösung ohne Alternative

Nach dem Angriff der Hamas im Süden Israels hat Saul Friedländer ein politisches Tagebuch *Israel im Krieg* begonnen: Fast täglich versucht er, sich schreibend Ordnung zu schaffen, zu analysieren, was vor sich geht, mögliche Lösungsansätze zu suchen und immer wieder das Versagen der Netanjahu-Regierung aufzuzeigen. Friedländer ist ein vehementer Verfechter der Zweistaatenlösung, dabei betont er jedoch immer wieder, dass diese Lösung nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann, dass es eher Jahrzehnte dauern werde, bis beide Staaten nebeneinander friedlich existieren können. Immer wieder thematisiert er das Unmögliche, das zum einzig Möglichen werden muss: «Es gibt wohl keinen Rückhalt für den Vorschlag einer Zweistaatenlösung im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Doch wie auch immer man es betrachtet: Eine andere Lösung ist nicht realistisch.»

Der heute 92-jährige Friedländer ist ein scharfer Analytiker und klarer Denker. In seinem Tagebuch gelingt es ihm immer wieder, die Herausforderungen, die er und mit ihm viele seit dem 7. Oktober 2023 erfahren, in den grösseren historischen Zusammenhang zu stellen. Akribisch genau führt er aus, was die Hamas angerichtet hat, und zeigt gleich-

zeitig auf, wo die aktuelle israelische Regierung versagt. Er macht keinen Hehl daraus, dass aus seiner Sicht Netanjahu in erster Linie darauf bedacht ist, sich an der Macht zu halten, und er hierfür keine Mittel scheut. Am 8. April 2024 notiert Friedländer: «Die Haltung Netanjahus stellt ein grosses Hindernis für die Rückkehr der Geiseln dar.»

Kein Vergleich mit früher

Was Saul Friedländer ebenso umtreibt, ist der zunehmende Antisemitismus, der sich überall ausbreitet. Besonders genau schaut er bei seiner Universität hin, also der University of California in Los Angeles. «Die UCLA, meine eigene Universität, wird wahrscheinlich ein Camp wie in New York erleben, nur bei besserem Wetter ...», schreibt er am 26. April 2024, und am 1. Mai 2024 folgt der Eintrag: «An der UCLA mündeten die Zusammenstösse zwischen pro-palästinensischen und pro-israelischen Studierenden in gewalttätige Auseinandersetzungen. Unter den Pro-Palästinensern befinden sich auch einige Juden.»

Fortsetzung Seite 30



Saul Friedländer: *Israel im Krieg*. Ein Tagebuch. C.H.Beck-Verlag, München 2024, 204 Seiten, Fr. 33.50.



Dror Mishani: *Fenster ohne Aussicht*. Diogenes-Verlag, Zürich 2024, 224 Seiten, Fr. 35.–.

Gleichzeitig warnt Friedländer davor, ob des heutigen Antisemitismus in Panik zu geraten: «Was zwischen den Weltkriegen und während des Zweiten Weltkrieges geschah, kann keinesfalls als Vergleich für die Gegenwart herangezogen werden, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen: Erstens war die Verfolgung und Vernichtung der Juden in den 1930er- und 1940er-Jahren staatliche Politik, während die westlichen Regierungen heute gegen den Antisemitismus vorgehen und ihn grösstenteils bekämpfen; der andere wesentliche Unterschied ist die Existenz des Staates Israel, auch wenn die israelische Politik zum Auslöser von Antisemitismus wurde und werden kann, insbesondere in der heutigen Zeit.» Der klare Denker Saul Friedländer zwingt uns LeserInnen immer wieder, genau nachzudenken, voreilige Schlüsse als untauglich zur Seite zu legen, die Geschichte nochmals und nochmals zu rekapitulieren und schon mal den langen Atem aufzubauen, der nötig sein wird, um den einzigen Weg hin zur Zweistaatenlösung zu gehen.

Trost in der Literatur

Ganz anders gestaltet Dror Mishani sein Tagebuch. Die Zeit zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 10. März 2024 teilt er in sechs Kapitel ein, die von «Schock» über «Verwirrung», «Atempause», «Flucht und Fantasien» bis zum Leben «mit offenen Augen» führen. Mishani lebt mit seiner Frau Martha («nicht Jüdin, nicht hier aufgewachsen und erzogen worden») und den beiden Kindern Benjamin und Sarah in Tel Aviv. Er erzählt vom Schutzraum, von der gespenstischen Stille in der Stadt, vom Alltag, der ein ganz anderer geworden ist – so muss er etwa seine Studierenden in Kreativem Schreiben über Video unterrichten –, seinem Bedürfnis, etwas zu tun.

Er notiert Ideen für neue Romane: «(Gedanke: Vielleicht schreibst du eine Erzählung über ihn [den netten Nachbarn, der sich der Nachbarschaftswehr angeschlossen hat und nachts mit einem Sturmgewehr durch die Stadt patrouilliert]? R. macht sich auf eine nächtliche Streife und begibt sich in Gefahr? Aber was genau widerfährt ihm? Das musst du noch herausfinden.)» Und er findet so etwas wie Trost in der Literatur, etwa in Homers *Ilias*.

Dispute in der Familie

Der Vater ärgert sich über den 15-jäh-

rigen Sohn, der sich in sein Zimmer zurückzieht und Fussballspiele verfolgt – anstatt sich mit der aktuellen Lage auseinanderzusetzen. Bis der Vater sich neben den Sohn auf dessen Bett legt und mit ihm das Spiel verfolgt: «(… Alles, was wichtig ist, ist das Spiel, und du verstehst nicht, wie dich das vor ein paar Tagen noch verärgern konnte.)»

Auch Sarah regt ihn auf, vertritt sie doch ganz die Haltung der Regierung. «Seit Neuestem führt dieses Mädchen, das bis vor ein paar Wochen noch keine eigene nationale Identität hatte, auf TikTok und Instagram politische Debatten mit jedem, der sich für ein Ende der Luftangriffe auf Gaza ausspricht oder es wagt, mit den palästinensischen Kriegsopfern mitzufühlen.» Die Telefongespräche mit dem Bruder sind ebenso unerfreulich wie der Besuch bei der Mutter.

Verstehen, was geschehen ist

Dror Mishani sucht nach Orten, wo er etwas tun kann. Er schliesst sich «einer Gruppe von Freiwilligen von der Universität an, die im westlichen Negev auf Feldern aushilft– anstelle der thailändischen Arbeiter, die das Land verlassen haben, nachdem viele ihrer Freunde am 7. Oktober ermordet oder nach Gaza entführt worden sind, und der palästinensischen Hilfsarbeiter, denen die Einreise verboten ist.» Das Salaternten gibt ihm ein Gefühl, etwas Nützliches zu tun.

Beide Tagebücher bieten je auf ihre eigene Art Möglichkeiten, sich mit dem aktuellen Geschehen auseinanderzusetzen und zu verstehen, was geschehen ist – nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Wenn Dror Mishani ganz nah an seinem Alltag bleibt, wendet sich Saul Friedländer den historischen Entwicklungen zu.

Liliane Studer

Palästinensische Stimmen

Der Lenos Verlag in Basel veröffentlicht seit Jahrzehnten Literatur aus dem arabischen Raum, unter anderem auch von palästinensischen Autorinnen und Autoren, unter ihnen so bekannte Namen wie Ghassan Kanafani, Mahmut Darwisch, Sumaya Farhat-Naser u.v.m. Nach dem brutalen Überfall der Hamas im Süden Israels hat der Verlag entschieden, andere – literarische – Stim-

men sprechen zu lassen, und einen Band zusammengestellt mit Textauszügen aus Büchern, die zum Teil bereits vor sehr langer Zeit, zum Teil erst kürzlich im Lenos Verlag erschienen sind.

Mahmud Darwisch (geboren 1941 in al-Birwa und 2008 in Houston gestorben) gehört zu den poetischen Stimmen Palästinas. Die Auszüge aus *Ein Gedächtnis für das Vergessen. Beirut, August 1982* erzählen etwa vom aussichtslosen Leben eines Palästinensers, der sich nicht mit der Unterwerfung arrangieren wollte und zu dreimal lebenslänglich verurteilt wurde, womit sein Leben zerstört war. Im *Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit* erfahren wir, dass es für Araber unmöglich ist, eine Wohnung zu mieten, auch wenn die Häuser einmal ihnen gehört haben. Darwischs knappe klare Sprache und seine Geschichten wirken lange nach.

Das Buch vom Verschwinden

Ebenfalls zur älteren Generation gehört der 1936 in Akka geborene Ghassan Kanafani. Er zählt zu den wichtigsten arabischen AutorInnen des 20. Jahrhunderts. Eindrücklich erzählt er, wie der Mann ins Dorf zurückkehrt, wo er vor Jahren mit seiner Frau gelebt hat und das von Israel annektiert wurde. Das Land ist zerstört, das frühere Wohnhaus zusammengefallen. Hier holt ihn die Erinnerung ein, wie seine Frau vor seinen Augen erhängt wurde.



Ich bin hier, bin nicht tot, noch nicht. Palästinensische Stimmen. Verlag Lenos Babel, Basel 2024, 122 Seiten, Fr. 15.–.

Im «Bericht aus Gaza» von 1956 erklärt ein Mann seinem Freund, dass er sich gegen eine Auswanderung nach Kalifornien entschieden habe, denn sein Platz sei in Gaza, und er bittet den Freund ständig, ebenfalls zurückzukehren.

Mit Jahrgang 1974 gehört Ibtisam Azem zur mittleren Generation. Sie ist in Tayyibe (Israel) geboren und arbeitet als palästinensische Autorin und Journalistin, seit 2012 in New York als UNO-Korrespondentin für das Nachrichtenportal *al-Araby al-Jadeed* und das Onlinemagazin *Jadaliyya*. In einem Ausschnitt aus ihrem Roman *Das Buch vom Verschwinden* berichtet die Protagonistin einfühlsam von ihrer Grossmutter, die zum Sterben

alleine ans Meer ging. In jedem Wort ist zu lesen, wie eng sich die Ich-Erzählerin mit ihr verbunden fühlte und wie wichtig für sie die Geschichten waren, die ihr ihre Tato erzählt hat. Sie blieb stark, eigenständig und unabhängig, was die Enkelin tief beeindruckte.

Sumaya Farhat-Naser, 1948 in Birseid bei Ramallah geboren, gehört zu den wichtigen Stimmen Palästinas – erst kürzlich war sie auf Vortragstournee in der Schweiz und in Deutschland. Seit Jahrzehnten setzt sie sich für Dialog und Gewaltverzicht bei der Lösung des Nachostkonflikts ein. Für ihre Tätigkeit wurde sie vielfach ausgezeichnet. In *Thymian und Steine. Eine palästinensische Lebensgeschichte* erzählt sie aus

ihrem Leben und verknüpft die persönliche Geschichte mit der Geschichte ihres Volkes. Ihr Buch ist zum Longseller geworden, dessen Lektüre sich immer wieder lohnt, um zu verstehen.

Der Band *Ich bin hier, bin nicht tot, noch nicht* – der Titel ist ein Zitat aus *Ein Gedächtnis für das Vergessen* von Mahmud Darwish – lässt uns vielfältige Literatur von palästinensischen AutorInnen entdecken und lädt ein zum Nachdenken, was gerade in heutigen Zeiten voller Aufregungen, Schuldzuweisungen und Hassbezeugungen unendlich wichtig ist.

Liliane Studer

Gezeichnet vom Krieg

Wie sehr der russische Angriffskrieg in der Ukraine den Alltag durchdringt, und dies schon seit 1000 Tagen (24.2.2022 – 19.11.2024), lässt sich nachlesen in der neuesten Nummer der Zeitschrift *die horen*: Halyna Petrosaniak (die den **FRIEDENSZEITUNGS**-LeserInnen als Autorin umfassender Beiträge zur ukrainischen Literatur bekannt ist) und Natalka Sniadanko haben eine Sammlung von Gedichten und Prosatexten zusammengestellt, die eindrücklich ein Bild davon vermitteln, wie literarische Texte politische Realitäten widerspiegeln. Der poetische

Titel *weil die Wunden Vögel werden* mit dem Untertitel *Landschaften der Ukraine* beinhaltet den Schmerz über die Zerstörung und die Hoffnung auf ein besseres Danach. Es sind diese Pole, die sich durch die Texte durchziehen.

Olena Herasymjuk, 1991 in Kijew geboren, erzählt in ihrem Gedicht «Olenka wacht am Morgen auf» von all jenen, die nicht mehr aufwachen, nicht mehr anrufen, und schreckt auf mit einer Zeile wie «So ein Glück, genau zu wissen, dass er nicht mehr anruft, / (...) denn die Hoffnung ist eine Wunde, ein Salzbergwerk im Herzen, / sie frisst und quält, quält und frisst».

Die Trauer ist allgegenwärtig, doch immer wieder dringen Tröstungen durch, etwa bei Anatolij Dnistrowyl, 2022 (übersetzt von Stefaniya Ptashnyk):

*die Vögel zwitschern im Frühling
an den Bäumen gehen Knospen auf
die Kinder spielen Ball auf der Strasse
ein kleines Mädchen aus dem Nachbarhaus
lässt sich seit zwei Wochen nicht
ablenken
jeden Tag
malt sie
sorgfältig mit Filzstiften
rote Koffer und schwarze Bomben
blaue Koffer und grüne Bomben
braune Koffer und gelbe Bomben
die am Himmel
fliegen*

In ihrem Roman *Die Tollkirsche*, der eben in der Ukraine erschienen ist, erzählt Halyna Petrosanyak von UkrainerInnen, die heute unfreiwillig als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gezogen sind, und von

jenen, die vor 80 Jahren von den Nazis deportiert wurden. Die Hauptfigur befindet sich von Februar bis Ende Juni 2022 auf der Flucht aus der Ukraine. Auch ihre Herkunftsfamilie gehörte zu jenen, die in Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, wie in den Auszügen auf Deutsch im *horen*-Heft zu erfahren ist.

Auch die zweite Herausgeberin, Natalka Sniadanko, ist im Band mit einem Romanauszug vertreten. In *Frauen mit leichtem Gepäck* lesen wir die Geschichte einer Frau, deren Ehe unmittelbar vor Kriegsausbruch zerbrach, und davon, wie sie nun versucht, als Übersetzerin wieder Fuss zu fassen, konfrontiert mit einem deutschen Kollegen, der ganz andere Überzeugungen vertritt. Eine weitere in der Schweiz lebende ukrainische Autorin ist Eugenia Senik, deren Roman *Das Streichholzhaus* (Zytglogge 2022) grosse Aufmerksamkeit erfahren hat. Nach der Publikation in der Ukraine wurde er von PEN Ukraine in die Liste der besten Bücher des Jahres 2019 aufgenommen. Im Band ist sie mit Gedichten von 2014 und 2015 vertreten. Eines davon sei hier zum Abschluss wiedergegeben (2015, übersetzt von Yaroslawa Black-Terletska):

*Wenn jemand nach Westen zieht,
ziehe ich gen Osten.
Hier ist mein Haus, meine Erde,
der Ort, meine Ruhe.
Unter den Trümmern des Schicksals
suche ich nach dem Eingang.
Ich suche den Eingang zum Traum,
dem flüchtigen, leichten.*

Liliane Studer



die horen: *weil die Wunden Vögel wurden. Landschaften der Ukraine*. Nr. 295, Wallstein-Verlag, Göttingen 3. Quartal 2024, 208 Seiten, Fr. 19.90.

